

# Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Bezugspreis vierteljährlich 2,50 Goldmark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. ♦ Redaktionschluss: Montag morgens 9 Uhr.

Geschäftsstelle und Schriftleitung  
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: für die Petitzeile 0,60 Goldmark (Reklame 1,20 Goldmark) zur Zeit der Bahlung. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

## Der XI. christliche Gewerkschaftskongress

17. bis 20. April 1926, Dortmund

### Dortmund

Willkommen in Dortmund! Das war der Gruß, der allenthalben dem XI. Kongress der christlichen Gewerkschaften und den Delegierten desselben entgegenkaltete. Unsere Dortmunder Freunde hatten es verstanden, dem Kongress ein prächtiges Relief zu geben. Westfalens größte Stadt, Dortmund, außergewöhnlich reich an Arbeit, an Beweisen deutscher Energie und deutschen Fleißes, war so recht geeignet für die ernsten Arbeiten dieses Kongresses. Wohl auf keinem der Vorgänger dieses Kongresses ist so viel und so imponierendes an Arbeit geleistet worden, wie in Dortmund. Kaum je hat sich die christliche Gewerkschaftsbewegung so glänzend auf der Höhe, so in ihrer Kraftentfaltung gezeigt, wie hier. Sowohl hinsichtlich der Vorträge und Beschlüsse wie überhaupt des Inhalts der Beratungen, als auch hinsichtlich des äußeren Rahmens des Kongresses, wurde fast der Gipfel des Möglichen erreicht. Ein kurzes Stimmungsbild kann nicht sehr auf Einzelheiten der Beratungen eingehen, kann nicht eine Gesamtwürdigung der Tagung geben. Es gibt vielmehr besonders Eindrücke wieder, soll bestimmte Merkmale zu erkennen geben.

Ein außergewöhnliches Bild dieser viel beachteten christlichen Arbeitertagung boten die Veranstaltungen am Sonntag, den 18. April. Ueber die Zahl der üblichen Teilnehmer des Kongresses hinaus gaben hier große Scharen der Gewerkschaftsmitglieder, Gäste und Freunde der Bewegung der Tagung ein besonderes Gepräge. Hier ward der Kongress zu einer gewaltigen Kundgebung. Erinnerungen an die Gründungszeit der christlichen Gewerkschaften wurden wach. Damals war es üblich, daß schon größere Versammlungen ein Heer der Vertrauensleute auf den Plan riefen. War für eine solche Versammlung ein für die damalige Zeit markanter Redner vorgelesen, so wurden stundenlange Wegstrecken, Bahn- und Wagenfahrten von unseren Kollegen zurückgelegt, um persönlich ein solches Ereignis mit zu erleben. Die Sonntagsveranstaltung des Kongresses bot durchaus ein Bild dieser — sagen wir einmal — guten, alten Zeit. In großen Scharen waren unsere Kollegen aus der näheren und weiteren Umgegend nach Dortmund gekommen, um wenigstens diesen Tag des Kongresses mit zu erleben. Unbewährte Opferfreudigkeit, Arbeitswille und Idealismus traten hier glänzend wie nur je in Erscheinung. Alle werden auf ihre Rechnung gekommen sein.

Nach vorausgegangenen Festgottesdiensten, von denen wir nur von dem unserer katholischen Kollegen unverwundbare Eindrücke mit nach Hause nahmen, fand die Kongrestagung im überfüllten Saale der „Kronenburg“ statt. Neben den Scharen der christlichen Gewerkschaftler hatten sich in kaum dagewiegenem Ausmaße Gäste und Freunde der Bewegung, in außergewöhnlicher Zahl auch Vertreter der Presse des In- und Auslandes eingefunden. Solche Veranstaltungen sind allemal eine prächtige, lebenswahre Illustration der grundsätzlichen Einstellung der christlichen Gewerkschaften zu Staat, Gesellschaft und Kultur. Unsere Bedeutung ist größer als unsere Zahl! In Dortmund konnte man es wieder anschaulich erleben. Freunde und Gäste als Vertreter von staatlichen und sonstigen Behörden, Vertreter aus den verschiedensten gesellschaftlichen Kreisen des Volkes, Vertreter der Kirchen und der Universitäten brachten ihre Verbundenheit mit den Arbeitern zum Ausdruck. Werden die Volksgemeinschaft!

Vor einigen Wochen hat in Essen eine Tagung der niederrheinisch-westfälischen Handels- und Industrie-Kammern stattgefunden, auf welcher sog. Wirtschaftsführer mächtig vom Leder zogen gegen die Sozialpolitik, gegen die Gewerkschaften und gegen

alles, was nur ein reaktionäres Unternehmertum in Wallung bringen kann. Diesen Essener „Wirtschaftsführern“ ist schon in der gebührenden Weise heimgeleuchtet worden. In Dortmund gab es ein weiteres wichtiges Bekenntnis weitester Volkstreu zu den Bestrebungen der christlichen Arbeiterbewegung und damit zum sozialen Fortschritt. In Dortmund hat einer der Essener Redner sein Domizil, der Vorsitzende der Dortmunder Handelskammer. Ihm werden die Kundgebungen der christlichen Arbeiterbewegung nicht schlecht in den Ohren gellungen haben. Ganz besonders werden ihm die eindrucksvollen Bekenntnisse prominenter Führer des deutschen Volkes gezeigt haben, daß die Arbeiterbewegung anders zu werten ist, als engstirnige und schmalbrüstige Unternehmervertreter es in Essen beliebten. Schon die herzliche Begrüßungsansprache des Oberbürgermeisters von Dortmund, Dr. Eichhoff, klang anders als wie der Essener Schrei nach Unterbindung der gewerkschaftlichen Betätigung. Reichsarbeitsminister Dr. Brauns brachte für die Reichsregierung und insbesondere für den Reichskanzler und gleichzeitig für die preussische Regierung die Teilnahme dieser Behörden an den Beratungen des Kongresses zum Ausdruck. Der Oberpräsident der Provinz Westfalen, Gronowski, gab der Anerkennung der Arbeit unserer Bewegung Ausdruck namens der Provinzialbehörden. Bischof Dr. Klein von Paderborn als Vertreter der katholischen und Generalsuperintendent Dr. Jöllner als Vertreter der evangelischen Kirche brachten unter Hervorhebung des christlichen Charakters unserer Bewegung ihre besonderen Sympathien zum Ausdruck. Bischof Dr. Klein hat früher als junger Kaplan gemeinsam mit dem Vikar Dr. Brauns und dem Arbeitersekretär Gronowski in den Arbeitervereinen an der geistigen und kulturellen Erziehung des Arbeiterstandes gearbeitet. Damals, so bemerkte der bischöfliche Redner, hätte keiner ahnen können, daß im Jahre 1926 Dr. Brauns als Reichsarbeitsminister, Gronowski als Oberpräsident und er, Dr. Klein, als Bischof zusammen einen christlichen Gewerkschaftskongress begrüßen würden. Es war eine Feststellung, die nachdenklich und zuversichtlich machte. Unter den sonstigen Begrüßungsansprachen verdient noch hervorgehoben zu werden die des Vertreters der Universität Münster, Professor Dr. Grützmaier, der insbesondere die Notwendigkeit der Zusammenarbeit von Hand- und Geistesarbeitern unterstrich. So war schon das Vorspiel der Tagung von stärkstem Eindruck.

Den Begrüßungsansprachen folgten die programmatischen Vorträge von Stegerwald und Imbusch, die wiederholt vom stärksten Beifall der großen Versammlung unterstrichen wurden. Stegerwald insbesondere hatte einen guten Tag. Mit der ganzen Kraft und Sicherheit des verantwortungs- und zielbewußten Führers behandelte er „Die christlichen Gewerkschaften und die Gestaltung des deutschen Volkslebens“ und arbeitete dabei unter gewaltiger Zustimmung die Auffassung der christlichen Gewerkschaften von der Neuordnung des deutschen Volkslebens heraus. „Das 19. Jahrhundert hat den Kapitalismus und den Egoismus auf die Spitze getrieben. Es hat alles in Atome aufgelöst, es hat den Gemeinschaftsgedanken zerschlagen. Im 20. Jahrhundert wieder herausgestellt, müssen die auseinandergerissenen Menschen wieder zu Gemeinschaften zusammengeführt werden: in Familie, Beruf, Stand, Arbeitsgemeinschaften, Gemeinde, Staat.“ Klar und entschieden Stegerwalds Stellungnahme zu den sozialen Problemen: „Mit den einfachen Mitteln, mit denen heute noch viele Unternehmer glauben, die Dinge meistern zu können, nämlich mit möglichst

langer Arbeitszeit, mit möglichst niedrigen Löhnen und mit dem Geist, mit dem das alte Regime gearbeitet hat, wonach der eine willkürlich zu befehlen und der andere blind zu gehorchen hat, ist die deutsche Wirtschaft nicht wieder aufzubauen und rentabel zu gestalten... Deutschland braucht zum Konsum der Agrarerzeugnisse, zur weiteren Belebung des Innenmarktes und zur Herstellung von Qualitätsware eine gutbezahlte Arbeiterschaft. — Es braucht weiter im Vergleich zu früher ein von Grund auf anderes Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern.“ Klar und entschieden auch seine Ausführungen über unsere Stellung zum Staat: „Als Ausgangspunkt für den Wiederaufbau kann im Hinblick auf Deutschlands Gesamtlage in der Welt und in Europa nur die gegenwärtige Staatsform, die Republik, in Frage kommen... Alle Bestrebungen, die auf dem Wege der Gewalt glauben, eine Veränderung der Staatsform herbeiführen zu sollen, sind mit allen staatlichen Machtmitteln niederzuschlagen.“ Restlos ging der Kongress mit dem Redner einig, so restlos, daß das Bedürfnis zu einer größeren Aussprache nicht empfunden wurde. Das ist überhaupt das Erfreulichste an der Dortmunder Tagung, daß sie die Bewegung wieder in voller Einigkeit zeigte. Einig im Ziel, einig auch in den Mitteln, die dazu führen! — Nach Stegerwald behandelte Imbusch die „Ordnung des Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern“. Er hielt mit scharfer Kritik nicht zurück, wo sie am Platze war. Der Grundton seines Vortrages war jedoch durchaus veröhnlich gestimmt. „Eine vernünftige Ordnung des Verhältnisses zwischen Unternehmern und Arbeitern ist nur möglich, wenn beide die rechten Grundzüge und die richtige praktische Einstellung zueinander finden. Notwendig ist ein Geist der ehrlichen, gerechten Einstellung zueinander, ein Geist ehrlicher Zusammenarbeit, der zum gemeinsamen Streben und gemeinsamer Initiative, zur Förderung der Produktion führt. Zur Arbeitsgemeinschaft gehört auch ein inneres Bekenntnis zur Volksgemeinschaft und Gewerksolidarität. Auf beiden Seiten muß das vorhanden sein. Bei uns wird es an einer offenen, ehrlichen Mitarbeit nicht fehlen. Mögen sich auch im Unternehmerlager bald die Männer finden, die ohne Hinterhältigkeit und ohne Nebenabsichten sich hierzu bereit finden.“

So ward, der 18. April zu einer gewaltigen Kundgebung des Willens und Strebens der christlichen Gewerkschaftsbewegung, die ihren Eindruck nach außen sicherlich nicht verfehlen wird. Und auch die übrigen Tage des Kongresses haben durchaus alle Erwartungen erfüllt. Die Berichterstattung zu den einzelnen Punkten der Tagesordnung haben sich in Anerkennungswürdiger Deutlichkeit und Klarheit mit den ihnen gestellten Aufgaben auseinandergesetzt. Die vielen Entschlüsse des Kongresses werden für die Bewegung und für die Mitarbeiter draußen im Lande eine Fülle neuer Anregungen und Vorschläge bringen.

Neue Impulse und neue Energien werden von dem Dortmunder Kongress ausgehen und Tätigkeit und Wirksamkeit der christlichen Gewerkschaftsbewegung beleben. Die Teilnehmer an dem Kongress werden die Früchte der Tagung hinausbringen ins Land, ins Volk. Für die dauernde, ausreichende Auswirkung der Tagung haben die verschiedenen Gliederungen des Verbandes Sorge zu tragen. Wird hier allenthalben Pflicht und Aufgabe erkannt, so wird Dortmund für die gesamte Bewegung reichsten Segen bringen.

# Eröffnung und Begrüßung des Kongresses

Der XI. Kongress der christlichen Gewerkschaften wurde am Sonntag, den 17. April, vormittags 10 1/2 Uhr, durch den Vorsitzenden des Gesamtverbandes, Kollege Hans Stegerwald eröffnet. Kollege Stegerwald verwies einleitend darauf, daß der Aufreißbruch mit dem passiven Widerstand und die Vollendung der Inflation, die bereits 1923 fällige Abhaltung des XI. Kongresses verhindert haben. Er hob die besonderen Verdienste der christlichen Gewerkschaftsbewegung bei der Abwehr der separatistischen Bewegung im Rheinland und in der Pfalz und in der Deutschtumsbewegung des Saargebietes hervor. Nach dem Ruhrkampf habe die Gewerkschaftsbewegung gegen die reaktionäre Machtpolitik des Unternehmertums, die mit Psychologie nichts zu tun habe, zu kämpfen gehabt. Aber man sei sowohl dort wie in internationaler Beziehung mit der Arbeit wieder ein Stück vorwärtsgekommen. Man sehe u. a. vor der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens. Die Gewerkschaftsbewegung habe freilich in geistiger und organisatorischer Beziehung auch ihre Krise durchgemacht müssen. Man habe geglaubt, in den Gewerkschaften die Bezwingung aller Nöte zu sehen. Es sei aber unmöglich, alle Erwartungen zu erfüllen. Dieser Kongress soll neues Kräftigung und neue Anregung für den Emanzipationskampf der christlichen Arbeiter geben. (Bravo!)

Kollege Stegerwald konnte dann eine flächtige Anzahl Vertreter von befreundeten und uns nahe stehenden Organisationen begrüßen, und diese wiederum übermittelten dem Kongress ihre Grüße und Glückwünsche. So ließ u. a. das Internationale Arbeitsamt in Genf durch das deutsche Mitglied der Zentrale, Henselet, seine besondere Teilnahme ausdrücken, während für den Internationalen Bund der christlichen Gewerkschaften der Kollege Ferrarini (Utrecht) die Grüße überbrachte. Letzterer konnte mit Befriedigung die zunehmende Einflußnahme der christlichen Gewerkschaften auch in internationaler Beziehung feststellen und wies die Annäherung der sozialdemokratischen Gewerkschaften, als alleinige Vertretung der Arbeiterschaft anzutreten zu wollen, mit Entschiedenheit zurück. Das Maß der Zusammenarbeit mit der Kampfbund Internationaler Gewerkschaften, zu der er sich grundsätzlich bekannte, hänge von dem Reizprozess in ihr ab sowie davon, ob sie den Trennungsdruck gegen Moskau ziehe.

Aus den übrigen Begrüßungen ist noch die Ansprache des Präsidenten des süddeutschen Oberverwaltungsgerichts, Kopsitz, bemerkenswert, der als Vorsitzender der Gesellschaft für soziale Reformen der freundschaftlichen Beziehungen gedachte zwischen der Gesellschaft und den Gewerkschaften, wofür letztere er als den Hebel des sozialen Fortschritts bezeichnete und denen er — in Anknüpfung an das Wort eines ihrer Vorkämpfer: „Die Gewerkschaften sind der natürliche Feind des wirtschaftlichen Kapitalismus“ — in der Gegenwart besondere Aufgaben zuzuschreiben. Weiter sollte er der Gewerkschaftsbewegung allgemein die Anerkennung, daß sie nach der politischen Umwälzung durch ihre Nützigkeit Deutschland vor dem Sanktionsdruck bewahrt habe. — Monsignore Dr. Walterbach überbrachte die Grüße und Glückwünsche der katholischen Arbeitervereine, dabei in feinsinnig-humoristischer Weise die Anknüpfung betreuend, die festlich zwischen den christlichen Gewerkschaften und der „Deutschen Arbeiterzeitung“ getreten sind. Meinungsverschiedenheiten können selbst in den reinsten Familien aus und zu vor, aber niemals könne dadurch das verwandtschaftliche Band zerbrochen werden. So würde auch, versicherte er unter dem stärksten Verfall des Kongresses, an der bisherigen, im Einmütigen und mit der erprobten Bassenbrüderlichkeit der konfessionellen Ständevereine und der christlichen Gewerkschaften sich nichts ändern, vielmehr müsse das zwischen beiden bestehende Band fester geknüpft werden. — Reichstagsabgeordneter Dr. Rumm als Sprecher des Evangelischen christlich-sozialen Bundes Deutschlands forderte, daß nicht nur die Arbeiterschaft, sondern alle Stände von dem hohen Gedanken der Oberbereitschaft erfüllt sein möchten. — Die Vertreter der wirtschaftlichen Gruppen stellten die Frage des Mißbehagens der Arbeiterschaft an der Wirtschaft als besonders dringendes Problem in den Vordergrund.

Es wurde dann zur Wahl der Kongressleitung und der verschiedenen Kommissionen geschritten. Als Vorsitzender wurden Stegerwald, Behrens, Sieber und Kartischew gewählt. Von unserem Verbände gehörte Kollege Schilling-Kürnbach dem Vorstand an.

Einziger Beratungsgegenstand der Sonntagstagung war der

## Bericht des Ausschusses des Gesamtverbandes.

Der Berichterstatter, Kollege Otto Berlin, führte etwa aus:

Für diejenigen, die sich in den Nachkriegsjahren mit offenen Augen im Gewerkschaftsleben umgesehen haben, bedeutet die Tatsache, daß die Mitgliederzahlen der Gewerkschaften sich gesteigert haben, keine Überraschung. In der ersten Zeit nach dem Krieg war es gleichsam selbstverständlich, daß jeder Arbeitnehmer einer gewerkschaftlichen Organisation angehörte. In die aufgeregten Gewerkschaftstagen konnte alles hinein, ohne sich über das, was die Gewerkschaften sein sollten und sein konnten, klar zu sein. Dabei war eine Arbeit auf lange Sicht in den Jahren nicht möglich. Ständige Lohnbewegungen und die Beherrschung rein materieller Interessen nahmen die Kräfte der Gewerkschaften vollständig in Anspruch und ließen für die so notwendige Schulungsarbeit nur wenig Zeit.

Dazu kam die Tatsache, daß sich in weiten Arbeitnehmerschichten in den verflochtenen Jahren ein zu starker Glaube an die Allmacht des Staates festgesetzt hatte. Die Gewerkschaftsbewegung war den Mitgliedern ein Faktor, der entweder bei der Regierung selbst oder auf dem Wege über die Parteien mehr oder minder alle Forderungen durchsetzen konnte oder sollte. Der gewerkschaftliche Selbsthilfsgedanke, das Vertrauen auf die eigene Kraft und das eigene Können kamen bei dieser Einstellung zu kurz. Es war nur zu verständlich, daß, als nun nach geraumer Zeit Revolution, Inflation, Sanktionen, Reparationen und Aufreißbruch einen Zustand herbeiführten, der den Lebensraum des deutschen Volkes wesentlich einengte, und als sich herausstellte, daß manches anders lief, als man erwartet hatte, sich eine Enttäuschung bemerkbar machte und eine rückläufige Bewegung einsetzte. Im Jahre 1925 war die rückläufige Bewegung bereits überwunden, und macht sich in vielen Verbänden wieder eine Aufwärtsentwicklung bemerkbar.

Eine Schlussfolgerung aber über die innere Schwächung der Gewerkschaften, wie sie insbesondere auch die „wirtschafts-friedliche“ Gruppe der Arbeiterschaft ziehen möchte, ist unangebracht. Der Teil der Arbeiterschaft, der von wirklichem Standesbewusstsein erfüllt ist, ist auch heute noch der entscheidende Kern der Gewerkschaften. Diese gesunde Kerntruppe lehnt jede Gemeinschaft mit den sogenannten „gelben“ Organisationen ab. Sie können nicht als Gewerkschaften anerkannt werden.

Die christlichen Gewerkschaften bekennen sich zu einem gebundenen Berufsgedanken. Auseinandergehungen über Berufs- oder Industrieverbände sind deshalb für uns weniger programmatischer bzw. grundsätzlicher Art. Veränderungen der Industrieform können allerdings unter Umständen auch Veränderungen oder Anpassungen der gewerkschaftlichen Organisationsform bedingen. Die Verbände, die mehrere Berufsgruppen in sich vereinigen, lassen es sich angelegen sein, den beruflichen Interessen und dem beruflichen Eigenleben der einzelnen Berufssparten entsprechende Rechnung zu tragen.

Die Frage der beruflichen und fachlichen Schulung ist für die Gewerkschaftsbewegung außerordentlich wichtig, müssen wir uns doch den Weltmarkt zu einem guten Teil durch Leistung von Qualitätsarbeit wieder zurückerobern. Auf dem Gebiete der beruflichen und fachlichen Schulung leistet eine Reihe unserer Verbände eine sehr gute Arbeit. Unsere Betriebsräte haben neben ihrer engeren Interessenvertretung auch die Aufgabe, die Arbeitgeber in der Erfüllung der Betriebszwecke zu unterstützen und für einen möglichst hohen Stand und für möglichstste Wirtschaftlichkeit der Betriebsleistungen mitbedacht zu sein. Im großen und ganzen sind die Betriebsräte, soweit sie unseren christlichen Gewerkschaften angehören, ihrer Aufgaben gerecht geworden. Es muß in diesem Zusammenhang noch hervorgehoben werden, daß einige Verbände erhebliche Aufwendungen machen, um die Betriebsräte besonders zu schulen und sie für ihr verantwortungsvolles Amt reifer zu machen.

Nach Beendigung der Inflationszeit haben sowohl der Gesamtverband als auch die dem Gesamtverband angeschlossenen Verbände ihre Organisation und Verbands-einrichtungen innerlich mehr ausgebaut. Die Verbandsorgane wurden hinsichtlich der zeitliche Folge des Erscheinens und des Umfangs wieder auf den Vorkriegsstand gebracht. Das Kuriosum wurde ausgebaut und ebenfalls die während der Inflationszeit meist abgebauten Unterstützungen wieder neu eingeführt.

Der Essener Kongress der christlichen Gewerkschaften hat sich damals, nicht zuletzt in Erkenntnis der Schwierigkeiten, die sich für eine auf christlich-nationaler Grundlage stehende und parteipolitisch neutrale Gewerkschaftsbewegung aus der veränderten politischen Lage bei einem für das parlamentarische System noch nicht reifen Volke ergeben können, beschäftigt. Tatsächlich ist es ein Zeichen innerer Kraft und Stärke, daß es in den verflochtenen Jahren gelang, die Einheit der christlichen Gewerkschaftsbewegung durch alle parteipolitischen Stürme hindurch zu retten. Es hat nicht an Versuchen gefehlt, von außen her Uneinigkeit in unsere Bewegung hineinzutragen. Es geschah das meistens auf dem Umwege über parteipolitische Vorgänge. Die Bewegung ist aber innerlich geschlossen geblieben.

Verhindert werden muß, daß politische oder vaterländische Organisationen auf das gewerkschaftliche Gebiet überzugreifen suchen. Sei es, daß dieses geschieht durch Einrichtung von Arbeitsnachweisen, durch Aufstellung von eigenen Listen bei Betriebsrätewahlen oder durch sonstige Einrichtungen, die eine Art Gewerkschaftserzatz darstellen sollen.

Ueber das Verhältnis des Zentralverbandes der Landarbeiter zu den übrigen Verbänden und zum Gesamtverband ebenfalls einige Bemerkungen: Es ist in den letzten Jahren nicht überall in entsprechendem Maße berücksichtigt worden, daß ein Landarbeiterverband unter anderen Voraussetzungen arbeiten muß als die meisten übrigen Verbände. Abgesehen davon, daß die gewerkschaftliche Tradition bei den Landarbeitern in dem Ausmaße fehlt, haben die Landarbeiter meistens weniger Barinkommen, zahlen geringere Beiträge, wohnen zerstreut in den Dörfern und auf den Gutshöfen, so daß auch die Verwaltung schwieriger und kostspieliger ist. Endlich ist auch das Arbeitsverhältnis des Landarbeiters ein viel persönlicheres und engeres zum Arbeitgeber, als das in der Industrie der Fall ist. Wegen mangelnder Ausbildung, insbesondere auch des letzteren Umstandes, sind auch nicht alle Einrichtungen und Bindungen, die der Zentralverband der Landarbeiter sieht, auf allgemeines Verständnis gefaßt. Eine Reihe von Einrichtungen und wirtschaftlichen Unternehmungen des Zentralverbandes der Landarbeiter gerieten so in das Licht kritischer und bezugsloser Würdigung, und mit aus dieser Situation heraus ist dann auch der Fall Behrens-Reber zu beurteilen. Das Liebste an diesem Fall ist aber, daß er in der Öffentlichkeit fast

nur unter parteipolitischen Gesichtspunkten gewürdigt und ganz in den parteipolitischen Interessensstreit hineingezogen wurde. In bezug auf den Kollegen Behrens muß gesagt werden, daß es in der christlichen Gewerkschaftsbewegung nicht einreißt darauf, daß wir Männer, die mehr als 25 Jahre der Bewegung treu dienen und ihr in schwerer Zeit unschätzbare Dienste leisteten, aus solchen Anlässen und wegen einer Inkorrektheit — die von Behrens selbst zugegeben wurde — fallen lassen oder ihnen das Vertrauen entziehen.

In der Jugendarbeit wird der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften eine stärkere Arbeitskraft entfalten in dem Sinne, daß der Idealismus der Jugend auf einen Weg geleitet wird, der den realen Tatsachen des wirtschaftlichen Lebens Rechnung trägt. Nur ein auf Klarheit der Idee begründeter Idealismus bewahrt vor Verschwoommenheit der Weltanschauung, wie sie in dem neu aufgetauchten Ruf nach den „Einheitsgewerkschaften“ zu Tage tritt.

Mit den konfessionellen Ständes- und Jugendvereinen wollen wir treue Weggenossen in der Zukunft sein wie in vergangenen Jahren. Diese Bundesgenossenschaft soll sich praktisch in gemeinsamer Arbeit miteinander und füreinander äußern.

Der Essener Kongress bedeutet auch heute für unsere Bewegung noch viel. Die z. Bt. auf dem Essener Kongress angekündigte Tageszeitung „Der Deutsche“ ist heute ein wertvolles Mittel für uns im Kampf um die gewerkschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialpolitischen Interessen der Arbeitnehmerschaft geworden. Es ist selbstverständlich, daß „Der Deutsche“ bei der parteipolitischen Zusammenlegung der christlichen Gewerkschaftsbewegung und des Deutschen Gewerkschaftsbundes es in der Stellungnahme zu politischen Fragen nicht allen recht machen kann. Auf dem Gebiete der umstrittenen politischen Fragen muß er sich deshalb einer gewissen Zurückhaltung befleißigen und die Fragen aus der engen parteipolitischen Sphäre herausheben.

Die Genossenschaftsbewegung ist in den Nachkriegsjahren ebenfalls gewachsen. Manche Inflationsgründungen waren aber nicht so fundiert, daß sie in der Zeit der Stabilisierung, verbunden mit Geldknappheit und Wirtschaftskrise, dem Sturm standhalten konnten. Wir müssen und wollen die Genossenschaftsbewegung fördern.

Auf eine Einrichtung der christlichen Arbeiterschaft, die ebenfalls in die Zeit nach dem Essener Kongress fällt, möchte ich noch hinweisen, nämlich: den Zentralwohlfahrtsausschuß der christlichen Arbeiterschaft. Ihm gehören an: der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, die evangelischen und katholischen Arbeitervereine, die katholischen Gesellenvereine und der evangelische Arbeiterinnenverein. Der Zentralwohlfahrtsausschuß der christlichen Arbeiterschaft ist einmal aus der Not der Zeit und zum zweiten aus der veränderten Rechtslage, in der sich die Arbeiterschaft gegen früher befindet, zu verstehen und zu bewerten. Der Zentralwohlfahrtsausschuß ist vor allen Dingen auch geboren aus dem Gedanken, daß die Arbeiterschaft selbst ihre Bedürfnisse tun soll und muß an ihren eigenen Ständesangehörigen. Nachdem der Arbeiterstand als gleichberechtigter Stand eingereicht ist in Staat und Gesellschaft, kann und will er die Betreuung seiner Ständesangehörigen nicht allein andern überlassen.

Wir leben gegenwärtig noch in einer schweren Zeit. Trotzdem gab es in der Berichtszeit Jahre, die noch ungleich schwerer auf dem ganzen Volke, vor allem auf der deutschen Arbeiterschaft, lasteten. Besonders sei hier die Zeit des Ruhrkampfes erwähnt. Die Arbeiterschaft hat in dieser Zeit treu zum Volksgang und zur Nation gestanden. Wenn wir heute in ganzen wieder geistiger dastehen, so hat die deutsche Arbeiterschaft ihren vollen Anteil daran.

Bei der Zunahme der Erwerbstätigkeit der Frau und der großen Anzahl der Industrien, die Arbeiterinnen beschäftigen, muß der gewerkschaftlichen Erfassung und Schulung der Arbeiterinnen ein verstärktes Augenmerk gewidmet werden. Die christliche Gewerkschaftsbewegung steht innerlich gefestigt da und ist ein bedeutender Faktor des deutschen Volkslebens geworden.

In der Ansprache über den Geschäftsbericht fand die Tätigkeit des Gesamtverbandsvorstandes allgemein dankbare Anerkennung. Es wurde von einigen Rednern die Notwendigkeit der Förderung der Jugendbewegung und einer verstärkten finanziellen Rüstung der Verbände unterstrichen. Gegen die Einrichtung von Arbeitsnachweisen seitens politischer, sog. vaterländischer Verbände wurde scharfer Protest erhoben. Der Vertreter des Saargebietes, Gillenbrand (Saarbrücken), brachte unter dem Beifall der Versammlung eine Entschließung ein, in der vom Reich und von den Ländern in Anbetracht der durch die Frankenwährung geschaffenen Zustände Hilfe geordert und das Verlangen ausgesprochen wird, auf die Wiedervereinigung des Saargebietes unvermindert hinzuwirken.

Die Abstimmung über sämtliche Anträge und Entschließungen wurde bis zum Schluß des Kongresses vertagt.

## Die Sonntagstagung

Bedeutungsvolle Begrüßungsaussprachen. — Stegerwalds und Imbuschs programmatische Vorträge

Den Höhepunkt des Kongresses bildete die Tagung am Sonntag, den 18. April. Früh fanden Festgottesdienste für die evangelischen Mitglieder in der Reinoldikirche, für die katholischen Mitglieder in der Propsteikirche statt.

Um 10 1/2 Uhr eröffnete Kollege Stegerwald die Verhandlungen des Kongresses: Ich habe gestern ausgeführt, daß dieser Kongress der inneren Klärung und Festigung der Bewegung dienen soll. Der gestrige Tag galt den organisatorischen und allgemeinen Angelegenheiten der Vo-

wegung. Der heutige Tag soll zunächst das Verhältnis der christlichen Gewerkschaften zu Volk, Gesellschaft und Wirtschaft herausstellen und dann die Ordnung der Beziehungen zwischen Unternehmer und Arbeitnehmer, wie wir sie sehen und erstreben, klarlegen.

Wiederum konnte Kollege Stegerwald eine außerordentlich fröhliche Anzahl von Gästen begrüßen.

Den Willkommensgruß der Stadt Dortmund entbot der Oberbürgermeister Dr. Gishoff: Man fühlt den tiefen sittlichen Ernst und das ideale Wollen, mit dem Sie Ihre Aufgabe anpacken. Wie ein roter Faden zieht sich durch Ihr Programm das Bekenntnis zum deutschen Volksstaat, zur Volksgemeinschaft. Dem Streben, das Verhältnis der Menschen zueinander zu verbessern, kann jedoch nur Erfolg zuteil werden, wenn es uns gelingt, zu einer vertrauensvollen Gemeinschaftsarbeit und zu einer vernünftigen sozialen Ausgleichung zu kommen. Wenn dies Streben doch nur alle guten Deutschen durchglühte, wenn doch endlich der unnatürliche Haß, das krankhafte Mißtrauen schwänden, wenn doch endlich das heiße Schmelzen, zueinander zu kommen, in erlösende Laten umgesezt würde, dann würde gar bald die unselbige, verhängnisvolle Zerrissenheit unseres armen Volkes geheilt, und dann würde deutscher Aufstieg nicht nur ein holdes Traum sein, sondern beglückende Wirklichkeit. Möge der Dortmund Kongreß der christlichen Gewerkschaften einen energischen Schritt bedeuten auf dem Wege der Völkerveröhnung, auf dem Wege zur wirtschaftlichen, geistigen und sittlichen Hebung der Arbeiterschaft. In diesem Sinne nochmals ein herzliches Willkommen, ein kräftiges Glückwunsch!

Dann nahm Reichsarbeitsminister Dr. Brauns das Wort: „Gewerkschaftskongresse sind in Deutschland nichts Neues. Wir kennen sie seit Jahrzehnten. Gleichwohl sind sie nichts Alltägliches, auch nichts, dem nur eine vorübergehende Bedeutung zukäme. In ihnen verlorpert sich ja die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung nach der gewerkschaftlichen Seite. Das gilt von allen deutschen Gewerkschaftskongressen. Die Reichsregierung schenkt darum dem 11. Kongreß der christlichen Gewerkschaften volle Aufmerksamkeit mit dem Bewußtsein, daß hier auf diesem Kongreß nicht nur wirtschaftliche Belange der Arbeiterbewegung spielen, sondern auch große Belange des gesamten Volkes und unseres Staatslebens. Sie läßt deshalb durch mich Ihren Verhandlungen den besten Erfolg wünschen. Diesen meinen Wünschen schließen sich an die hier anwesenden Vertreter der preussischen Staatsbehörden, in erster Linie der preussische Wohlfahrtsminister Dittkefer. Insbesondere hat mich auch der Herr Reichskanzler gebeten, in seiner Vertretung seine aufrichtigen Wünsche und Grüße zu übermitteln. Selbstverständlich nimmt auch das Arbeitsministerium mit allen seinen Abteilungen und allen den Behörden, die ihm unterstehen, von denen ich insbesondere den Reichs- und Staatskommissar Wehlich erwähnen möchte, regsten Anteil an diesem Kongreß. Ich freue mich, daß hier gelegentlich einer besonderen Aufgabe, die Direktor Grieser zu erfüllen hat, auch der Direktor unserer Sozialversicherung anwesend ist. Ich glaube, daß er sich mit allem, was in der Nachkriegszeit zum Wiederaufbau speziell unserer Sozialversicherung in verhältnismäßig kurzer Zeit geleistet worden ist, hier setzen lassen darf.“

Der Vorbericht Ihres Kongresses spricht die Vermutung aus, es könnte vielleicht auffallen, daß sie gerade jetzt in den Zeiten größter wirtschaftlicher Not und Depression einen Kongreß veranstalten. Es wird allerdings gleich hinzugefügt, daß trotzdem die Atmosphäre für einen Kongreß vielleicht günstiger ist und wertvoller ist, als sie es 1920 gelegentlich des Essener Kongresses war. Ich glaube, der Vorbericht trifft damit das Richtige. Wir schreiben und reden seit Kriegsende vom Wiederaufbau. Aber es kann doch nicht oft genug darauf hingewiesen werden, daß

**die ersten fünf Jahre nach Kriegsende keine Zeiten des Wiederaufbaues**

waren, sondern eine Zeit fortschreitenden Niederganges bis zum Ruhrkampf. Ein Wiederaufbau konnte erst wieder einsetzen, als wir wieder eine stabilisierte Währung hatten und als die außenpolitische Lage wieder ruhiger geworden war. Die Wiederherstellung, die wir alle wünschen, und an der wir alle kräftig mitarbeiten wollen, hat ihre seelische und kulturelle Seite, hat ihre politische, hat auch ihre wirtschaftliche und soziale Seite. Ihre Bewegung ist ihrer ganzen Struktur nach an allen diesen verschiedenen Zweigen des Wiederaufbaus wesentlich beteiligt. Sie hat in erster Linie der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung ihre Aufmerksamkeit zu schenken. Daß wir da

**vor großen Umwälzungen**

stehen, vor einem wirklichen Neubau, scheint mir klar zu sein. Ohne dem wäre eine Gesundung unserer wirtschaftlichen und staatlichen Verhältnisse überhaupt unbedenklich. Eine solche Umstellung birgt natürlich in sich eine Reihe von sozialen Räten und wirft eine Menge von sozialen Fragen auf, die gerade ihre besondere Aufmerksamkeit erheischen und darum kommt auch Ihr Kongreß in der Tat jetzt zur rechten Stunde.

Die Probleme waren zahlreich und schwer. Trotzdem freue ich mich, daß Ihre Parole hier im Kongreß und auch draußen im Lande auf den

**sozialen Optimismus**

abgestimmt ist. Nicht in dem Sinne, als ob etwa jetzt der Zeitpunkt für irgend eine soziale Reform gekommen sein könnte; im Gegenteil, wir haben auf lange Zeit noch genug zu tun, um die soziale Lage zu sichern, die als etwas Dauerndes dem deutschen Volke und dem deutschen Arbeitnehmer insbesondere geschehen werden muß.

Aber Sie wollen diese neue Ordnung nicht auf dem Wege und mit Mitteln der Demagogie schaffen, nicht mit Mitteln des Radikalismus, nicht durch ein Nichtsehenwollen dessen, was bereits erreicht ist, und nicht auf dem Wege einseitigen Kritizierens und unbegrenzter Forderungen, Ihre Arbeit baut sich vielmehr auf in organischer Fortentwicklung. Nicht auf die Revolution sind Ihre Gedanken gerichtet, sondern auf eine organische Reform. Ich hege deshalb die feste Zuversicht, daß Ihre Beratungen von größtem Wert sein werden für Ihre Bewegung nicht bloß, nicht bloß für die Interessen der Arbeitnehmer, daß sie auch von größtem Belang sein werden für das gesamte deutsche Volk und seinen Wiederaufstieg. Und darum nochmals meine aufrichtigsten und besten Wünsche für Ihre gegenwärtige Tagung. (Lebhafter Beifall.)

Oberpräsident Gronowski entbot dem Kongreß seinen und der Provinz Westfalen Willkommensgruß. „Dieser Kongreß soll ein Meilenstein und Wegweiser zugleich sein für Ihre Bewegung auf staatsbürgerlichem Gebiete. In dem Bericht des Gesamtverbandes steht u. a. das im Sommer 1921 und 1922 abgegebene politische Glaubensbekenntnis: „Wir wollen wahren die Verfassung und abweisen alle Bestrebungen, die darauf hinauslaufen, sie mit Gewalt zu ändern.“ Und an einer anderen Stelle: „Aus sittlichen und staatspolitischen Gründen müssen wir überall auf das Entschiedenste jedem Akte der Gewalt gegen Gesetz und Recht entgegenreten. Nur Ordnung und Achtung des verfassungsmäßigen Rechts führt uns aus der Not, in die uns die Gewaltspolitik unserer Gegner immer aufs neue hineinstößt.“

Dieses Bekenntnis gilt auch heute noch und für alle Zukunft! Verfassung, Recht und Gesetz sind die Grundlagen für Ordnung und Fortschritt im Lande. Nur auf dieser Grundlage ist eine Gesundung unseres Volksstaates, aber auch der Wirtschaft möglich!

Die christliche Gewerkschaftsbewegung hat gemeinsam mit anderen Organisationen dem Volke und Vaterlande in Zeiten größter Not Dienste erwiesen, die der Geschichtsschreiber nach Jahrzehnten gerecht würdigen wird. Kein geräuschvolles Lippenbekenntnis und hohles Patriotentum, sondern stiller Bekenntermut und opfernde Dulder haben Deutschland in seiner Schicksalsstunde gerettet. Westfalen hat seinen ehrlichen Anteil an der Rettung deutscher Einheit. Unter den verfassungstreuen Organisationen nenne ich stolz die christlichen Gewerkschaften, die beim Ruhrkampf der Franzosen und Belgier, die Zähne aufeinandergebissen, alles Leid standhaft duldeten, und nicht wankten in ihrer Treue. So ist der deutsche Gedanke hier Sieger geblieben. In einer solchen Provinz zu tagen, wird für Sie eine Freude sein. Glückauf Ihren Beratungen!

Bischof Caspar Klein, Paderborn: „Herzlich gern bin ich Ihrer Einladung gefolgt. Liebe Erinnerungen tauchen in diesem Augenblick in mir auf, Erinnerungen an jene Zeit, da ich als junger Kaplan und Präses eines katholischen Arbeitervereins oft Gelegenheit hatte, im Kreise der Arbeiter zu weilen und für ihre Hebung tätig sein zu können. Wie oft habe ich meine Stimme erhoben in Arbeiterversammlungen, Seite an Seite mit Herrn Dr. Brauns, dem jetzigen Reichsarbeitsminister, und Herrn Gronowski, dem jetzigen Oberpräsidenten von Westfalen. Damals haben wir nicht ahnen können, daß wir am 18. April 1926 auf dem 11. Kongreß der christlichen Gewerkschaften als Reichsarbeitsminister, als Oberpräsident und als Bischof wieder vereint sein würden. (Stürmischer Beifall.) Es ist die Aufgabe von Kirche und Staat, für das leibliche und geistige Wohl des Volkes zu arbeiten. Die Umwälzungen des Krieges und der Revolution haben uns vor Aufgaben gestellt, wie sie keine Zeit größer und mächtiger gekannt hat. Es kann niemand leugnen, daß die Kirche im bestmöglichen Sinne an der Lösung dieser großen Aufgaben mitwirkend ist. Ich entbiete Ihnen meinen herzlichsten Willkommensgruß im Namen der Kirche. Die gesunde und sieghafte Weiterentwicklung Ihrer Bewegung ist davon abhängig.“

**daß das Wort christlich nicht zu einem leeren Wort wird.**

fordern daß es Geist und Leben atmet. (Lebhafter Beifall.) Christus, der untrügliche Lehrer, von dem alles in der Welt Ziel und Richtung und Leben empfängt, soll die Grundlage sein und bleiben, von der wir ausgehen wollen in unseren Absichten, Entschlüssen und Handlungen. Eine Bewegung, die gegründet ist auf die gottesfremde und stolze Menschenphilosophie ist ein Zerrbild, ein Mißwuchs, es fehlt ihr das höchste Kulturelement, der zentrale Lebenswille der Religion Jesu Christi. Einer solchen Bewegung kann nicht die reife Frucht der Vollendung zuteil werden. Christus aus der Welt wegschaffen, heißt die Anarchie der Straße proklamieren, heißt das Chaos schaffen. Ich bitte, auch bei diesem Kongreß wieder laut und feierlich, daß wir festhalten an Christentum und an den christlichen Anschauungen, im Hause und in der Schule, in der Öffentlichkeit und im Staat, im sozialen und

wirtschaftlichen Leben. (Lebhafter Beifall.) Seien wir vor allem einig. Einigkeit macht stark, Einigkeit führt zum Siege, Uneinigkeit bringt Niederlage und Schmach. Umfasse Sie alle ein Geist, ein Wille, ein Ziel. Einigkeit muß die Signatur dieser Kongreßverhandlungen sein. Wir wollen vor allem eins sein in der Auffassung des Verhältnisses zu den konfessionellen Arbeitervereinen. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß

**die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften auch Mitglieder der konfessionellen Arbeitervereine**

sein sollen und umgekehrt. (Stürmischer Beifall.) Es darf nicht heißen: Christliche Gewerkschaften oder konfessionelle Arbeitervereine, sondern es muß heißen: Christliche Gewerkschaften und konfessionelle Arbeitervereine. Beide Arme der christlich-nationalen Arbeiterbewegung sind notwendig. Der antichristlichen Arbeiterbewegung muß die christliche Arbeiterbewegung entgegengestellt werden. Und kommt unsere Solidarität überall zum Durchbruch, dann ist der Sieg auf unserer Seite. (Stürmischer Beifall.)

Generalsuperintendent Dr. Zoellner, Münster: Ich überbringe Ihnen die herzlichsten Grüße und Wünsche unserer evangelischen Kirche. Sie verfolgt Ihre Verhandlungen mit ganz besonderer Freude. Wir kennen die Schicksalschwere der sozialen Entwicklung, des Kampfes zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Persönlichkeit und Maschine. Ueber alle Menschenordnung steht Christus mit seinem heiligen Willen. Unsere Zeit muß vor allem wieder lernen, ehrfürchtig zu stehen zu dem Geheiß Gottes. In der Gegenwart brennen so viele Strohfeuer, lassen wir uns nicht täuschen. Es werden die ewigen Sterne immer wieder hervortreten. Wenn wir täglich in die traurigen irdischen Verhältnisse hineinblicken müssen, so wollen wir doch auch wieder emporklicken zu den Sternen. Blick auf die Gasse, schau nach den Sternen! Mit diesem Panier werden wir siegen. (Lebhafter Beifall.)

In englischer Sprache brachte darauf

**Herr Church**

dem Kongreß seine Wünsche dar. Kartellsekretär Körner aus Bonn übersetzte die Worte des Herrn Church. Voll Körner erklärte zunächst berichtend, daß Herr Church nicht Unterstaatssekretär, sondern parlamentarischer Sekretär unter dem Handelsminister Webb im Kabinett der Arbeiterregierung gewesen sei, daß Herr Church nicht in besonderer Mission der Arbeiterpartei, sondern zu persönlichen Studienzwecken nach Deutschland gekommen sei, wo er nicht nur versucht habe, die deutsche Gewerkschaftsbewegung genau kennen zu lernen, sondern wo er auch Unklarheiten über die englische Gewerkschaftsbewegung berichtigt habe. „Wir haben“, so sagte er, „in England es niemals recht verstehen können, daß in Deutschland zwei oder noch mehr getrennte Arbeiterbewegungen nebeneinander hergehen. Sie betonten hier immer ausbrüchlich, daß sie auf dem Boden des Christentums stehen. Ich kann das selbe sagen für die englischen Gewerkschaften, für die englische Arbeiterbewegung, aber es ist dort eine Selbstverständlichkeit, daß man auf dem Boden des Christentums steht und es braucht nicht besonders betont zu werden. Die englische Arbeiterbewegung insgesamt ist durchaus christlich. Ich habe in zahlreichen Versammlungen in westdeutschen Städten versucht, den Leuten klar zu machen, daß der Sozialismus in England etwas anderes bedeutet als in Deutschland. In England hat der Sozialismus absolut nichts gemein mit Marxismus. Das ist der große Unterschied. Ich habe auf meiner Reise gesehen, daß Ihre Bewegung dieselben Ziele verfolgt, wie wir in England es tun. Wir sehen den Feind nicht zunächst in dem Arbeitgeber, der uns beschäftigt, sondern in dem Finanzkapital. Das internationale Finanzkapital stellt die Macht dar, die es zu bekämpfen gilt. Ich hoffe, daß es mir gelingt, nach meiner Rückkehr nach England dort Verständnis zu wecken für Ihre Bewegung und die idealen Ziele, denen Sie dienen.“ (Großer Beifall.)

Prorektor Universitätsprofessor Konfessionsrat Dr. Grünwacker, Münster: „Gestatten Sie, daß ich zunächst darauf hinweise, daß die Universität Münster als erste eine Forschungsanstalt für Gewerkschaftssekretäre eingerichtet hat, das dem Staatswissenschaftlichen Institut angegliedert ist. Es ist notwendig, daß die Geistesarbeiter auch hineinschauen in das Leben der Handarbeiter. Die Kluft zwischen beiden hat sich wieder weiter aufgetan. Es ist unsere Pflicht und unsere Aufgabe, die Kluft zu schließen zum Besten unseres Volkes und Vaterlandes. (Lebhafter Beifall.) Die Akademiker bedürfen der Kenntnis des Lebens der Arbeiter und der Arbeiterbewegung. Aber alle Kenntnis hilft nichts, diese Kluft zu überbrücken, wenn wir nicht die Liebe haben. Dann bleibt alle Erkenntnis nutzlos. Ich wünsche, daß Sie in diesem Geiste tagen und siegen.“

Den Vorles übernimmt nunmehr Herr Dr. Z. Darauf ergreift Koll. Stegerwald das Wort zu seinem Vortrage:

**Die christlichen Gewerkschaften und die Gestaltung des deutschen Volkslebens**

Unser größtes Unglück in der Gegenwart ist nicht, wie meist angenommen wird, daß wir den größten aller Kriege in der Geschichte verloren haben; weit bedeutender ist die Tatsache, daß als wir nach dem Zusammenbruch in der Welt vereint dastanden, die Deutschen unter sich einen unfertigen Staat und die Welt ein innerlich zerrissenes Volk vorgefunden haben. Um heute zu verstehen, was ist, muß ausgegangen werden von dem federistamischen preussischen Staat. Sein Wesen war die frasse Zusammenfassung aller Kräfte. Mit ihm wurde im Zeitalter des

alten römischen Reiches deutscher Nation der Grundstein gelegt für einen festen mitteleuropäischen Großstaat. In diesem Staat wurde der Autoritätsgedanke weit mit äußerem Machtmitteln stark herausgestellt und allmählich allen Verzweigungen des gesellschaftlichen und öffentlichen Lebens aufgeprägt. Der Autoritätsbegriff und Autoritätsgedanke, der an sich etwas Gutes, Großes und Notwendiges ist, ist in Preußen-Deutschland im Verlaufe der Jahrhunderte, anstatt durchgeistigt, entgeistigt worden. Die Arbeiterschaft fand trotz ihrer Bedeutung für Volk und Staat neben dem Staat. Sie war

ausgeschlossen von der verantwortlichen Trägerschaft, von jedem Mitbestimmungsrecht über das Volksschicksal. Der Sozialismus ergriff einen großen Teil der neben dem Staat stehenden Arbeitermassen und trieb sie gegen den Staat. Die sozialistische Arbeiterschaft ist im Gegensatz zu Volk, bürgerlicher Gesellschaft und Staat gewachsen. Dazu kam noch, daß die Kulturkampfgesetze und das Sozialistengesetz in den 70er und 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts sich praktisch als Hemmnisse erwiesen für die positive Einstellung der breitesten Schichten der Arbeiterschaft zu Gesellschaft und Staat. Und nun kam der Zusammenbruch. Er spielte der deutschen Arbeiterschaft das deutsche Schicksal in die Hände, und sie war nicht reif, um es zu gestalten. Sie war eben nicht darauf vorbereitet. Schuld an der Unreife der Arbeiterschaft war einmal der Sozialismus, der sie im Gegensatz zu Staat und Volk erzog. Schuld sind aber auch die herrschenden Schichten des alten Staates, die die Gesamtheit der Arbeiterschaft neben dem Staat stehen ließen. Die Forderung von 1918 ist verpaßt, und nun gibt es keine andere Möglichkeit, als die Überbleibsel von dem, was der deutschen Arbeiterschaft in den letzten Jahren zugefallen ist, zu halten und von dieser Plattform aus in jeder Arbeit aufwärts zu steigen.

**Wo stehen wir heute als deutsches Volk und als deutsche Arbeiterschaft in der Welt, und wie sieht es in Deutschland aus?**

Jahrelang stand fast die ganze übrige Welt gegen Deutschland. Diese Kriegssphäre verflüchtete sich nur langsam. Fremde hat Deutschland auch heute nur wenige in der Welt. Heute ist noch nicht entschieden, ob der Krieg einen Wendepunkt in den Beziehungen der Völker zur Folge haben wird, oder aber ob in absehbarer Zeit wieder durch neue kriegerische Auseinandersetzungen die verschiedenen Völker den ihnen zutreffenden Platz an der Sonne sich zu erkämpfen suchen. Man redet heute viel von Imperialismus und Pazifismus, ohne sich darüber klare Vorstellungen zu machen. Die englische Politik ist heute gar nicht möglich ohne reale Machtmittel. Das englische Weltreich fällt auseinander in derselben Stunde, in der es keine starke Kriegsmarine mehr hat. Das Weiden der englischen Politik besteht darin, daß es keine Rohstoffe möglichst günstig in der Welt einzukaufen bestrebt ist, diese im Mutterlande verarbeitet und sie als Fertigfabrikate wieder günstig in der Welt abzugeben sucht. Die Basis dieser Politik beruht in dem Eisen- und Kohlevorkommen in England und in der seit Jahrhunderten entwickelten englischen Textilindustrie. Ein Land, das im Jahre mit mehr als 30 Milliarden Mark am Güterausstausch beteiligt ist, kommt nicht durch ohne Meinungsvorherrschaften mit anderen Völkern und Staaten. Auf ganz anderen Fundamenten beruht die amerikanische Wirtschaftspolitik. Amerika hat ausreichend Brotgetreide, Kohle, Eisen, Gold, Kupfer, Silber, Blei, Wolle, Baumwolle, Gummi usw. im eigenen Lande, um den Lebensbedarf seiner Bevölkerung befriedigen zu können. Die Vereinigten Staaten können daher, wenn sie auf dem alten Standpunkt: Amerika den Amerikanern! beharren, bestehen ohne Heer und Flotte. Die deutsche Volks- und Weltwirtschaft befindet sich in einer ähnlichen Lage wie die englische. Auch wir haben nicht ausreichend Rohstoffe im Lande, um unsere mehr als 60 Millionen Menschen auf deutschem Boden ernähren zu können. Wir stehen heute nicht nur weltpolitisch, sondern auch wirtschaftlich und wirtschaftspolitisch vor folgender Situation: entweder kommt ein wahrer Völkerbund zustande, der auf der ganzen Linie die militärische Abrüstung herbeiführt und andere Grundlagen für das Zusammenwirken der Völker und Staaten und den gegenseitigen Güterausstausch schafft, oder aber der deutsche Staat und die deutsche Wirtschaft stehen in kurzer Zeit vor einem Entweder-Oder: entweder: Deutschland muß in absehbarer Zeit sich wieder für längere reale Machtmittel zuwenden oder aber: es muß sich in härterem Maße auf wirtschaftliche Anarchie einrichten, es muß einen viel größeren Bruchteil seiner Bevölkerung auf fremdländischem Boden und unabhängig von der Weltwirtschaft, also in der Landwirtschaft zu ernähren suchen. Auf bloße Zufälligkeiten und auf bloßen guten Willen der anderen kann ein Volk von mehr als 60 Millionen Menschen nicht seine Wirtschaftspolitik aufbauen. In diesem Zusammenhang muß auch die große Wirtschaftskrise gesehen werden, in der wir uns gegenwärtig befinden.

**Auch im Inneren**

ist es momentan mit der deutschen Wirtschaft nicht gut bestellt. Krieg und Inflation haben starke Kapitalverwässerungen mit sich gebracht und die ehemaligen Kreditquellen des Landes verdrängt. Trotz unseres Glanzes sind in dem gegenwertigen Zusammenleben und Zusammenleben des deutschen Volkes aus den Vorgängen des letzten Jahrzehnts noch nicht die notwendigen Folgerungen gezogen worden. Wir haben, trotzdem wir von unseren ehemaligen Feinden reichlich belästert wurden, anstatt die Schuldfrage nach außen geschoben abzulehnen, in härterem Maße die Kräfte verstreut für den Kampf um die Schuldfrage im Inneren. Daneben haben wir uns auseinandergerissen um Republik oder Monarchie, um Schwarzweißrot oder Schwarzrotgold, um Vaterländische Verbände oder Reichsbanner. Der Streit um die Staatsform war im Hinblick auf Deutschlands Geschichte in den letzten Jahren in härterem Maße eine konfessionelle Frage. In Preußen gibt es starke Strömungen für die evangelischen Hochschulen, in Bayern für die katholischen Mittelschulen; in Preußen gibt es wenig katholische Hochschulen, in Bayern wenig evangelische Mittelschulen. Auch die christliche Gewerkschaftsbewegung ist in diese Streitfragen hineingezogen worden, was im Hinblick auf ihre Zusammenfassung verständlich ist. Im Ganzen befinden sich die christlichen Gewerkschaften in den letzten Jahren in einer ähnlichen Lage wie die sozialdemokratische Arbeiterbewegung nach Aufhebung des Sozialistengesetzes im

Jahre 1890. Damals glaubten die Ideologen und jugendlichen Romantiker im sozialistischen Lager, daß jetzt in wenigen Jahren der sozialistische Zukunftsstaat aufgerichtet werden könne. Heute gibt es im bürgerlichen und christlichen Lager Ideologen und jugendliche Romantiker, die meinen, weil wir die Republik haben und, an Stelle des ehemaligen Dreiklassenwahlrechts, das gleiche Wahlrecht, Deutschland in kurzer Zeit zu einem Schlaraffenland machen zu können. Die Form des Volksstaates, die wir heute haben, ist für das Wohl des Volkes noch nicht das Entscheidende. Wir haben heute erst die Form, die Gültigkeit des Volksstaates. Solange die Arbeiterschaft noch nicht ausreichend am Mitbestimmungsrecht und an der Mitbewaltung der deutschen Wirtschaft beteiligt ist, solange der Blutumschwung der Volkswirtschaft: das Geld- und Bankwesen, sich noch in den Händen weniger Finanzkongernte befindet, solange die Arbeiterschaft so wenig Einfluß auf die Presse, auf die Korrespondenz- und Telegraphenbüros hat, solange das Bildungswesen an den Volks-, Mittel- und Hochschulen noch nicht gründlich umgestellt ist, ist es ausgeschlossen, daß der Volksstaat den Inhalt bekommen kann, wie die Arbeiterschaft sich ihn vorstellt. Gleichberechtigung und Gleichwertung der Arbeiter in Staat und Gesellschaft kann zudem die Gesetzgebung nicht bringen, diese Dinge müssen von der Arbeiterschaft geistig erarbeitet werden.

**Die Haltung Stegerwalds**

In den letzten Jahren bin ich persönlich stark in den politischen Streit hineingezogen worden. Das ist an sich natürlich. Derjenige, der auf dem Kirchturn sitzt, wird von den Dohlen umkreist. Meine politische und gewerkschaftliche Einstellung in den letzten Jahren läßt sich in drei Sätzen zusammenfassen. Ich wollte:

1. Von Deutschland unter allen Umständen das Chaos, den Bürgerkrieg, ferngehalten wissen. Im Verlaufe der letzten Jahre hatte ich häufiger Gelegenheit, mich mit Ausländern, insbesondere mit Engländern, auszusprechen. Diese sagten mir mehrfach: Sie werden in England besser verstanden, wie von ihrem eigenen Volk. Solange, so meinten die Herren, Ebert Reichspräsident ist, die Sozialdemokratie mit Verantwortung an den Preussischen Staat gebunden ist, solange in Deutschland eine starke Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung besteht, die etwas zu verlieren hat, bestand keine ernsthafte Gefahr, daß etwa von links eine neue Staatsumwälzung zu bejucherten war, wie es überhaupt so gut wie nie da war, daß zwei Staatsumwälzungen hintereinander von ein und derselben Stoßrichtung gekommen sind. Es war immer so, daß Staatsumwälzungen, die von links kamen, Gegenstöße von rechts zur Folge hatten und umgekehrt. Die größten Gefahren für das Chaos, für den Bürgerkrieg, bestanden in den letzten Jahren nicht von links, sondern von rechts, und diese mußten gebannt werden.
2. Früher hat man die Sozialdemokratie gegen den Staat aufwachen lassen. Sollte jetzt, nachdem die Kräfte von rechts so stark waren, man in den gleichen Fehler gegen rechts verfallen? Volkspolitisch denken heißt, alle positiv wollenden Kräfte an den Staat binden.
3. wollte ich über die politisch unruhigste aller Zeiten die christliche Gewerkschaftsbewegung geschlossen hinübergerettet wissen. In der Vorkriegszeit war die ganze Atmosphäre gegen uns, und heute steht fest: an der Verhinderung des reiflichen Chaos in Deutschland entfällt auf die christlichen Gewerkschaften ein größeres Verdienst als auf die meisten politischen Parteien. Heute kann mathematisch nachgewiesen werden, daß ohne christliche Arbeiterbewegung in der Weimarer Nationalversammlung die Sozialdemokratie die Mehrheit bekommen haben würde, und eine sozialdemokratische Mehrheit in der Nationalversammlung wäre von der äußersten Linken so stark bedrängt worden und hätte damals von sich aus bestimmt nicht die Kraft ausgebracht, um russische Zustände von Deutschland fernzubalten. Wir haben in Deutschland eine selbständige christliche Arbeiterbewegung, nicht zum Schaden für Volk, Staat und Christentum. Wenn von Deutschland das reifliche Chaos ferngehalten ist, wenn in Deutschland zwar infolge der fehlerhaften Staatsführung die Throne, nicht aber, wie bei den meisten anderen Staatsumwälzungen, auch die Altäre bereinigt wurden, so ist das nicht zuletzt dem Vorhandensein und der Wirksamkeit der christlichen Arbeiterbewegung zuzuschreiben.

Und diese Bewegung wird nicht zerfallen, diese Bewegung steht nicht am Ende, sie steht vielmehr nach den neuzeitlichen Verhältnissen und im Hinblick auf die in Deutschland herrschende Kleingeisterei am Anjange ihrer großen historischen Mission für Christentum, Arbeiterschaft, Volk und Staat. (Stürmischer Beifall.)

**Im Hinblick auf die Aufgaben,**

- vor denen die deutsche Arbeiterschaft in den nächsten Jahren und Jahrzehnten steht, haben wir von folgenden Aufgaben auszugehen:
1. Die Arbeiterschaft stellt die jüngste Schicht im Volks-, Gesellschafts- und Staatsorganismus dar.
  2. Es liegt die absolute Notwendigkeit vor, daß das deutsche Volk im Ganzen den Weg zur nationalen Volkseinheit und zum Staat findet.
- Der Platz der Arbeiterschaft im Staats- und Gesellschaftsorganismus ist noch unstritten. Der Weg zur nationalen Volkseinheit und zum Staat ist für viele, insbesondere auch für die sozialistische Arbeiterschaft, noch unklar, und zwar einmal durch die internationale Klassenideologie, in deren Vorstellungswelt sie eingeschlossen ist; dann durch die materialistisch-mechanistische Auffassung, die davon ausgeht, daß der Fortschritt der Menschheit lediglich von materiellen Triebkräften bestimmt werde, daß also die menschliche Gesellschaft ähnlich wie eine Aktiengesellschaft zu beurteilen sei, wobei lediglich Kurs und Ziel derjenige zu bestimmen hat, der über das größte Aktienpaket verfügt. Schließlich ist der Weg zu Volk und Staat

den sozialistischen Massen auch dadurch unnebel, daß sie Staat und Wirtschaft in erster Linie als Verteilungsorganisation ansehen, an die die Arbeiterschaft nur Forderungen zu stellen habe, ohne sich ausreichend Kopfzerbrechen darüber zu machen, wie auch Staat und Wirtschaft zu größtmöglicher Leistungsfähigkeit gebracht werden können. Mit dieser Einstellung wird der Arbeiterschaft, der jüngsten Gesellschaftsschicht, niemals die Führung in Staat und Volk zufallen.

Der Staat ist eben kein bloßer materieller Zweckverband. „Der Staat ist“, wie Freiherr vom Stein sagt, „kein landwirtschaftlicher und Fabrikenverein, sondern sein Zweck ist religiös-sittliche, christliche und körperliche Entwicklung; er soll durch ein kräftiges, mutiges, sittliches, geistvolles Volk, nicht allein ein kunstreiches, gewerbetreues, geübt werden.“ Die Volkseele, ihre geistige und sittliche Kraft ist Inhalt des Staates. Zu dieser Staatsauffassung, zu diesem Staatsinhalt hat die Sozialdemokratie sich noch nicht durchzuringen vermocht. Auf der anderen Seite ist das deutsche Bürgertum im Ganzen, von Ausnahmen abgesehen, ebenso materialistisch und einseitig eingestellt, wie die Sozialdemokratie materialistisch-klassenegoistisch eingestellt ist. Für den großen weltgeschichtlichen Werdegang und Wachstumsprozeß, nach dem ständig eine Gesellschaftsschicht die andere in der Staats- und Volkführung ablöst, und daß es ein naturgesetzlicher Vorgang ist, daß nicht bloß eine Generation von der anderen, sondern daß auch von Periode zu Periode eine Gesellschaftsschicht von der anderen abgelöst wird, daß neue Gesellschaftsschichten neue Verhältnisse und neue Aufgaben schöpferisch anpacken und gestalten müssen, bringt das deutsche Bürgertum im allgemeinen sehr wenig Sinn und Verständnis auf.

Hier steht die christliche Arbeiterschaft. Sie steht zwischen dem vom kapitalistischen Geist einerseits und dem von der sozialistischen Idee andererseits beherrschten Volksgruppen. Die christliche Arbeiterschaft hat sich gegenüber der sozialistischen Arbeiterschaft den Glauben an das geistige Prinzip, an eine geistgeleitete und geistbeherrschte Weltordnung bewahrt. Sie ist gegenüber dem besitzenden Bürgertum durch ihre Besitzlosigkeit vor einer Materialisierung bewahrt geblieben. Gerade in ihrer Gläubigkeit, in ihrem positiven Christentum, das am stärksten gemeinschaftsbündend wirkt, liegen die Kräfte zur weiteren volkspolitischen Denkwiese. Der Glaube an ein geistiges Prinzip bedeutet ihre Anerkennung oberster sittlicher Gesetze, der Glaube an ein letztes höchstes Sein, an Gott, an die bewegende Kraft des Geistes in den Menschengeschichten und geschichtlichen Geschehnissen, bedeutet die Ueberordnung des Geistes über die Materie. Aus dieser Einstellung heraus stehen wir vor zwei großen Aufgaben allgemeiner Art. Wir müssen

1. zu einer universellen Denkweise emporwachen, an Stelle der engen Betrachtung der Dinge, in der das deutsche Volk in allen seinen Schichten aufgewachsen ist. Wir müssen uns für Lust und Gleichberechtigung des deutschen Volkes nach außen einsehen, wir müssen zur Beurteilung der großen Geschehnisse und ihrer Zusammenhänge und Rückwirkungen auf Volk, Gesellschaft, Staat und Wirtschaft den richtigen Standort, die richtige Plattform finden; wir müssen
2. zu einer positiven Einstellung zu allen gesunden Lebensäußerungen kommen, die das Volk vorwärts und aufwärts zu bringen geeignet sind. Bei einer politisch universellen Denkweise wäre der Streit über die Agrarzölle im letzten Sommer nicht möglich gewesen. Von kleinen Splittern abgesehen, ist sich ganz Deutschland darin einig, daß wir eine leistungsfähige Landwirtschaft notwendig haben. Mit Nebenarten läßt sich diese reichlich nicht schaffen. Gätten wir heute eine leistungsfähige Landwirtschaft, gäbe es in Deutschland keine zwei Millionen Arbeitslose, weil die Landwirtschaft die Industrieprodukte in ganz anderem Maße aufzunehmen fähig wäre. Daneben hat die Landwirtschaft noch eine große volkspolitische Seite. Die auf dem Lande Arbeitenden sind am stärksten mit den Naturelementen Luft, Licht, Sonne und Erde verbunden. Dieses Verbundenheit mit den Naturelementen schafft das gesündeste Volk. Liegt es nun im Interesse des deutschen Volkes, die gesunden deutschen Bauernjungen etwa als Farmer oder Viehhüter nach Argentinien zu schicken, weil dort die Viehhaltung billiger ist?

Auch darüber kann es eine Meinungsverschiedenheit nicht geben, daß an der Rentabilität der Wirtschaft Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichmäßig interessiert sind. Lediglich über die zur Rentabilität führenden Mittel und Wege können Meinungsverschiedenheiten hervortreten. Und da habe ich

**an die Adresse des Unternehmertums**

folgendes zu sagen: mit den einfachen Mitteln, mit denen heute noch viele Unternehmer glauben, die Dinge meistern zu können, nämlich mit möglichst langer Arbeitszeit, mit möglichst niedrigen Löhnen und mit dem Geist, mit dem das alte Regime gearbeitet hat, wonach der eine willkürlich zu befehlen und der andere blind zu gehorchen hat, ist die deutsche Wirtschaft nicht wieder aufzubauen und rentabel zu gestalten. (Sehr richtig!) Diese Mittel sind zu einfach, als daß sie im Vergleich zu früher in der veränderten Staats- und Volksordnung zum Ziele führen können. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika existierte nie der bei uns gebräuchliche Kasernenhof- und Subordinationsgeist. Und trotzdem hat das amerikanische Unternehmertum stets steigend größere Erfolge herauszuwirtschaften verstanden. Was für den deutschen Wiederaufbau vor allem notwendig ist, ist m. E. dreierlei:

1. Deutschland braucht eine leistungsfähige Landwirtschaft, um, neben ihrer volkspolitischen Bedeutung, die drei Milliarden Mark an Lebensmitteln, die wir gegenwärtig jährlich vom Ausland einführen, wesentlich zu verringern und um die deutschen Industriegüter in starkem Maße abnehmen zu können.
2. Deutschland braucht zum Konsum der Agrarerzeugnisse zur weiteren Belebung des Innenmarktes und

zur Herstellung von Qualitätsware eine gutbezahlte Arbeiterschaft. Eine Qualitätsindustrie kann für den Weltmarkt gar nicht herausgearbeitet und entwickelt werden ohne starken Mutterboden und Absatz im Inland.

3. Deutschland braucht im Vergleich zu früher ein von Grund auf anderes Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Arbeitgeber und Arbeitnehmer müssen gemeinschaftlich bestrebt und gemeinschaftlich interessiert werden an der Steigerung der Produktivität der Wirtschaft und der einzelnen Betriebe. Durch zweckmäßige Organisation und durch je nach richtiger Behandlung muß das Gros der Arbeiter das Wert, in dem sie tätig sind, als „unser Wert“ betrachten und schätzen lernen. Die Intensität der deutschen Wirtschaft muß durch gute Wirtschaftspolitik, durch gute Wirtschafts- und Betriebsorganisation, durch sorgfältige Pflege der Technik und durch stärkere Interessierung der Arbeiter an der Produktivität der Betriebe herbeizuführen versucht werden. Die Stunde wird kommen, wo die Gewerkschaften überwiegend als positive Glieder der Volkswirtschaft sich betätigen müssen.

**Unsere Stellung zum Staat**

Zum universellen und politischen Denken gehört auch, daß wir uns frei zu machen haben von einer engen parteipolitischen Betrachtungsweise. Wir haben uns ohne Rücksicht auf die Staatsform positiv einzustellen zum Staat. Man kann grundsätzlich Monarchist und trotzdem ein guter Diener der Republik sein. Den besten Beweis dafür liefert der gegenwärtige Reichspräsident v. Hindenburg. Meine persönliche Einstellung zur Frage der Staatsform ist seit Jahren unverändert die folgende:

1. Als Ausgangspunkt für den Wiederaufbau kann im Hinblick auf Deutschlands Gesamtlage in der Welt und in Europa nur die gegenwärtige Staatsform, die Republik, in Frage kommen.

2. Die Gefühle derjenigen, die glauben, vom Alten sich nicht trennen zu können, sind weitgehend zu schonen.

3. Alle Bestrebungen, die auf dem Wege der Gewalt glauben, eine Veränderung der Staatsform herbeizuführen zu sollen, sind mit allen staatlichen Machtmitteln niederzuschlagen.

In der Fahnenfrage und in der Frage der vaterländischen Verbände liegen die Dinge komplizierter. Hier stoßen wir auf die Kernfrage, nämlich: ob die Selbstbehauptung nach außen oder die differenzierenden Anschauungen im Innern das Entscheidende seien. Die deutsche Handelsflagge und damit die Weltflagge ist schwarz-weiß-rot mit einer kleinen schwarz-rot-goldenen Wölkchen. Die Reichsflagge im Innern dagegen ist schwarz-rot-gold. Millionen hängen an der alten Reichsfahne, weil mit ihr die Reichsgründung und eine große Tradition verknüpft ist. Verschärft wird die Angelegenheit dadurch, daß alle herrschenden Kreise von früher ausnahmslos Anhänger von schwarz-weiß-rot sind und bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit diese Fahne heraushängen. So hat sich in der Vorstellungswelt der allerbreitesten Arbeiterschichten die Auffassung festgesetzt, daß schwarz-weiß-rot die Fahne der alten Herrscherschichten sei, während die Fahne schwarz-rot-gold weitgehend zum Symbol derer geworden ist, die den Volksstaat und die Demokratie in der Wirtschaft wollen. In der Fahnenfrage wäre es m. E. am besten, wenn in absehbarer Zeit ein Kompromiß zustande kommen könnte. — Was die vaterländischen Verbände auf der einen und das Reichsbanner auf der anderen Seite anlangt, so streiten zum Teil auch hier außen- und innenpolitische Auffassungen miteinander. Ein Teil der vaterländischen Verbände ist ehemals entstanden in dem Gedanken, daß, weil die deutsche Wehrmacht zerfallen worden sei und die anderen doch nicht abzurufen würden, in freier Organisation wenigstens der Geist der Wehrmacht erhalten werden müßte. Dagegen konnte und kann kein Mensch in unserem Lager etwas haben. Im Gegenteil: diese Bestrebungen müssen unsere Billigung finden. — Nun die andere Seite: In den letzten Jahren waren mehrere innerpolitische Fuische vorbereitet, die sich gegen den neuen Staat richteten und woran nicht alle vaterländischen Verbände unbeteiligt gewesen sind. Und so ist der Grund gelegt worden für die Gründung des Reichsbanners, das sagt: Wir sind Großdeutsche und schützen die Republik! Auch dagegen haben wir bestimmt nichts einzumenden. Aber auch das Reichsbanner hat seine Kehrseite: neben vielen vernünftigen und ernsten Leuten haben sich nämlich im Reichsbanner wohl auch alle verschobenen Hyperpositiven zusammengedrängt und suchen dort jeden deutschen Selbsthaltungswillen und jedes gesunde Selbstbewußtsein nach außen zu zerstreuen. Bei solcher Sachlage kann man, auf die Dauer gesehen, sehr wohl zu der Meinung kommen, daß im ganzen der Schaden, der beiderseitig angerichtet wird, größer ist als der Nutzen für das deutsche Volk. Der preussische Innenminister Severing vertrat daher den Standpunkt, daß am besten sich beide Organisationen auflösen

sollten. Bei der gegenwärtigen Geistesverfassung des deutschen Volkes wird dieses indes nicht zu erzielen sein. Sobald sich Deutschland äußerlich und innerlich konsolidiert haben wird, werden diese Gründungen von selbst abebben. Inzwischen haben unsere Mitglieder, soweit sie diesen Organisationen angehören, dahin zu wirken, daß sie kein Unheil anrichten.

Ueber all diese Dinge hinweg müssen wir die Bestrebungen zur Wiederaufrichtung eines Klassen- und Klassen-deutschlands ablehnen und positiv an der Ausgestaltung des Staates mitarbeiten. Wir müssen uns darüber klar sein, daß republikanische Staatsform und gleiches Wahlrecht noch keine ausreichende Sicherheit bieten für die Gestaltung eines wahren Volksstaates. Diese Sicherheit ist erst gegeben, wenn alle positiv gesinnten Volkskreise in wirklicher Verantwortung füreinander und gemeinsam für den Staat denken und handeln. Heute besteht die Gefahr, daß durch Preisse und Wahlgelder an Stelle der alten Aristokratie eine Geld- und Finanzaristokratie sich die wirkliche Herrschaft im Staate sichert. Wir befinden uns gegenwärtig mit Riesenschritten auf diesem Wege. Schon heute wird die Lage der Arbeiterschaft viel stärker durch die Politik des Bankkapitals beeinflusst als durch die industriellen Unternehmer, die ja zum großen Teil nur Funktionäre dieses Kapitals geworden sind. (Sehr richtig!)

Damit komme ich zum Schluß.

Das 19. Jahrhundert wurde beherrscht vom Bürgertum und vom Kapitalismus; beide haben Großes geleistet. Sie haben die Industrie geschaffen, sie haben die Wissenschaft, insbesondere die Naturwissenschaft, zu gewaltigen Ergebnissen geführt. Sie haben der Bevölkerung Arbeit und Brot gegeben. Am Anfang des 19. Jahrhunderts lebten auf dem Boden des heutigen deutschen Staatsverbandes etwa 24 Millionen Menschen. Am Schluß des 19. Jahrhunderts lebten auf dem gleichen Raum etwa 65 Millionen Menschen; und diese 65 Millionen haben vor dem Kriege besser gelebt, wie die 24 Millionen vor 100 Jahren. Das 19. Jahrhundert hat aber den Mammonismus und den Egoismus auf die Spitze getrieben. Es hat alles in Atome aufgelöst, es hat den Gemeinschaftsgebanke zertrümmert. Im 20. Jahrhundert muß

**der Gemeinschaftsgebanke**

wieder herausgestellt, müssen die auseinandergerissenen Menschen wieder zu Gemeinschaften zusammengeführt werden: in Familie, Beruf, Stand, Arbeitsgemeinschaften, Gemeinde, Staat.

Ich bin der Ueberzeugung, daß dieses Ziel nur auf den Grundlagen möglich ist, auf denen unsere Bewegung beruht, und daß dieses Ziel nur im Rahmen der hier ausgesprochenen Gedanken durchgeführt werden kann. Ich habe Ihnen dargelegt, daß die Arbeiterschaft die jüngste Schicht im Volksleben ist, daß das deutsche Volk in seiner Gesamtheit den Weg zur nationalen Volkseinheit, zum Staat, finden muß, daß dieser Weg für breite Schichten des deutschen Volkes, insbesondere auch für die sozialistische Arbeiterschaft, noch unabweisbar ist, daß uns als christliche Arbeiterschaft in dem Wachstumsprozeß des deutschen Volkes und der deutschen Arbeiterschaft besondere und bedeutsame Aufgaben zufallen, daß wir universell denken lernen, daß wir uns resolut positiv zu allen gesunden Lebensäußerungen von Volk und Staat einstellen müssen, daß wir Volk, Gesellschaft und Staat nicht bloß materialistisch-mechanisch, nicht wie eine Kleingewerkschaft beurteilen dürfen, sondern daß der Inhalt des Staates aus der Volksseele und ihrer sittlichen und geistigen Kraft besteht, daß die Leistungsfähigkeit von Staat und Wirtschaft die Voraussetzung ist für das Aufsteigen der lohnarbeitenden Schichten usw. Diese Betrachtungsweise erscheint so natürlich, so klar, so wahr, daß es uns bei allseitiger Anstrengung gelingen muß, die Mehrheit der deutschen Arbeiterschaft, ja die Mehrheit des deutschen Volkes für diese Gedanken, für die programmatischen Grundlagen unserer Bewegung zu gewinnen. Genau so wie in den letzten 25 Jahren die Gesamtatmosphäre gegen uns war,

**arbeitet jetzt die Entwicklung für uns.**

Der Staat hat eine andere Gestalt und Ordnung bekommen: die Kirchen, die ehemals in ihrer Wirksamkeit weitgehend vom Staat abhängig waren, sind nun frei von der Staatsform, aber auch frei von den Staatsfesseln, sie sind auf dem Wege zu Volkskirchen. Der Glaube an den weltbewingenden Sozialismus ist dahin. Mit der Vorstellung, daß der Sozialismus die Ersatzreligion für die Arbeiter sei, ist es nichts mehr. Wir haben heute im Gegensatz zu früher erprobte und gesicherte Organisationen; die geistigen Grundlagen unseres Wollens und Schaffens sind geklärt und herausgestellt; und nun heißt es: mit großem sittlichen Ernst, mit eisernem Willen und entschlossener Fähigkeit ins zweite Vierteljahrhundert christlicher Gewerkschaftsbewegung! (Stürmischer, langanhaltender Beifall)

seiner Zuverlässigkeit und Tüchtigkeit abhängig sind. Eine Feststellung, wer im einzelnen Falle wertvoller ist, ist überflüssig.

Die Gründer unserer Bewegung wollten eine christliche Gewerkschaftsbewegung. Sie wollten wohl eine energische Interessenvertretung der Arbeiter. Hierbei wollten sie aber nicht im Widerspruch mit ihren christlichen Grundgedanken geraten. Das war natürlich auch von größter Bedeutung für die wirtschaftliche Arbeit. Das Christentum mit seiner Lehre von einem ewigen Schöpfer, einer unsterblichen Seele, einer Vergeltung im Jenseits und seinen feststehenden für alle Menschen und immer geltenden Sittengeboten verlangt die Einhaltung dieser Gebote auch bei der Arbeit auf wirtschaftlichem Gebiete. Ein Christ kann nicht Anhänger des von den Sozialdemokraten proklamierten Klassenkampfes sein. Er kann nicht die Macht als das Höchste und Entscheidende ansehen und seine Arbeit entsprechend einrichten. Ihm muß das sittliche Recht das Höchste sein. Die Macht darf ihm nur dazu dienen, dem Rechte zum Durchbruch zu verhelfen.

Unsere grundsätzliche Einstellung als Christen zwingt zur Gerechtigkeit gegenüber den Unternehmern. Ja noch mehr. Das Gebot: Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst, gilt auch hier. Die Gründer unserer Gewerkschaftsbewegung wollten nichts Unbilliges von den Unternehmern. Sie wollten wohl eine Hebung der Lage der Arbeiter. Sie lehnten aber den sozialistisch-marginalistischen Klassenkampf ab.

**Das praktische Handeln der christlichen Gewerkschaften gegen die Unternehmer**

Wie verhielten sich die christlichen Gewerkschaften gegenüber den Unternehmern? Sie vertraten stets energisch die Interessen der Arbeiter. Sie versagten aber den Unternehmern grundsätzlich und praktisch die ihnen gebührende Stelle und Achtung nicht. Nach Möglichkeit suchten sie mit den Unternehmern in Frieden auszukommen. Sie waren sich auch der Tatsache bewußt, daß eine Gewerkschaftsarbeit zwischen Unternehmern und Arbeitern bestehen muß. An erster Stelle hat die gemeinsame Fürsorge für das Gewerbe, den Betrieb und die Produktion zu stehen. Die Verteilung des Ertrages ist eigentl. erst die zweite Aufgabe. So wenig zu übersehen die Interessengegensätze zu den Unternehmern sind, so überwiegen doch, richtig gesehen, die gemeinsamen Interessen.

Die Vertretung dieser Gedanken wurde uns von den Unternehmern sehr schwer gemacht. Sie fühlten sich als die Diktatoren und handelten entsprechend. Trotzdem hielten wir an unseren Gedanken fest. Für die Fälle, in denen bei wichtigen Fragen trotz guten Willens der Arbeiter eine friedliche Verständigung mit den Unternehmern nicht möglich ist, wurde der Streit als Kampfmittel nicht nur grundsätzlich als berechtigt anerkannt, sondern auch praktisch oft angewandt.

**Der Erfolg der Grundgedanken und der Arbeit der christlichen Gewerkschaften in bezug auf das Verhältnis zu den Unternehmern**

Die christlichen Gewerkschaften kamen mit ihrer zielbewußten und energischen Arbeit vorwärts. Das Verhältnis zwischen den Unternehmern und Arbeitern aber wurde doch nicht überall so geordnet, wie es ihrer Auffassung nach geordnet werden muß. Sie konnten ihre Grundgedanke auf diesem Gebiete bis jetzt nicht allgemein und vielfach nur zum Teil durchsetzen. Die Gründe für die ungenügenden Erfolge auf diesem Gebiete sind verschiednen. Die Gründung der christlichen Gewerkschaften fiel in eine für den sozialen Ausgleich und gegenseitiges Verstehenlernen sehr ungünstige Zeit. Es war eine Zeit der sozialen Reaktion. Der sich nach seinem Regierungsantritt sozial zeigende Kaiser wurde von unsozialen Elementen umgarnet. Sein Verhalten beim Streik 1890, sein wenige Jahre später erfolgendes Vorgehen gegen Stöcker und die Anknüpfung und Einbringung der Juchhausvorlage kennzeichnen den Weg, der damals gegangen wurde.

In Westen, wo die christlichen Gewerkschaften zum Teil gegründet wurden und am besten voran kamen, war in der Großindustrie das unsozialste Unternehmertum. Die Unternehmer waren hier Gegner jeder Gleichberechtigung der Arbeiter. Sie lehnten die Anerkennung der Gewerkschaften rücksichtslos ab. Sie übten in der schärfsten Weise Zwangsmaßnahmen, um auf diese Weise ihre frühere Position zu halten. Sie gestatteten sich sogar Zeitungsverbote für ihre Arbeiter.

**Sie waren Gegner jeder Sozialpolitik**

Sie betrieben ihre Wirtschaftspolitik ohne jede Rücksicht auf die Menschen, die als Arbeiter beschäftigt wurden.

Auch die klassenmäßige und gesellschaftliche Abneigung gegen die Arbeiter und der in Deutschland herrschende Kostengeist waren der Durchsetzung der Grundgedanke der christlichen Gewerkschaften hinderlich. Die Arbeiter wurden ja als eine Klasse von geringerer Bedeutung angesehen. Die Unternehmer sahen in ihnen vielmals einen Diener. Sie versuchten immer wieder, ihnen willkürlich den Lohn zu diktieren. Es herrschte ein Kostengeist, der unser Volk geradezu auseinandertrieb. Beim Soldaten begann der Mensch beim Offizier, im Beamtenstand beim höheren Beamten, in der Industrie beim Betriebsführer oder Hiesiger.

Dieser Geist ist noch nicht ausgestorben. Das zeigt die Entrüstung, wenn ein Arbeiter in Deutschland etwas wird. Denken wir doch an die Vorkommnisse zur Zeit des Wirkens des ersten Reichspräsidenten, bei der Bestellung früherer Arbeiter als Minister, Oberpräsidenten, Polizeipräsidenten und Beigeordnete. Und wenn ein früherer Arbeiter auch überragend tüchtig ist, seinen Posten glänzend ausfüllt, so wird doch geschimpft.

Folgt man dem unter Bismarck geübten Kulturkampfes waren auch scharfe Gegensätze zwischen den Konfessionen und Parteien entstanden. Sie wirken zum Teil noch heute nach. Der christlichen Gewerkschaftsbewegung wurde auch dadurch das Wirken außerordentlich erschwert,

**Die Ordnung des Verhältnisses zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern**

Zu diesem Thema führte Koll. Imbusch-Essen etwa aus:

Die christlichen Gewerkschaften sollen eine energische Interessensvertretung der Arbeiter sein. Es wird von ihnen Gleichberechtigung mit den Unternehmern verlangt. Die Gleichberechtigung wird aber auch den Unternehmern gewährt. Arbeit und Kapital werden als notwendige, aufeinander angewiesene Faktoren der Produktion angesehen.

Nach Ansicht der Gründer unserer Bewegung sind sowohl Unternehmer wie Arbeiter notwendig. Es geht nicht ohne Unternehmertätigkeit. Der leitende, wogende, das notwendige Kapital bebringende und den Betrieb organisierende Mann muß sein. Es geht aber auch nicht ohne die Arbeiter. Der Unternehmer braucht Mitarbeiter.

Er braucht Mitarbeiter, die einseitig nur mit dem Kopfe arbeiten, dann aber auch Mitarbeiter, die neben ihrem Geist auch die ausführenden Hände zur Verfügung stellen.

Wer ist von den beiden der Wertvollere, der Unternehmer oder der Arbeiter? Ueber diese Frage wird oft gestritten. Es ist ein müßiger Streit. Das Entscheidende ist, daß beide notwendig sind. Der objektive Wertvollere kann im einzelnen Falle sowohl der eine wie der andere sein. In manchen Betrieben ist die Unternehmertätigkeit sehr hoch zu schätzen. z. B. bei schwierigerem, schnellerem Wechsel der Produktion, bei großen Gefahren und Schwierigkeiten im Absatz. Nicht selten ist auch die Arbeitertätigkeit von besonderer Bedeutung, so z. B. bei jeder hochwertigen Qualitätsarbeit, oder wenn große Werte in die Hand des einzelnen gelegt werden müssen und von

Besonders hinderlich war die materialistische Einstellung weiterer Unternehmer- und Arbeiterkreise. Ein verhältnismäßig großer Teil der Unternehmer ist rein materialistisch eingestellt und praktisch Vertreter des im Widerspruch zum Christentum stehenden brutalen Machtgedankens. Beide Kreise der Arbeiter und Anhänger des Materialismus und des sozialistischen Klassenkampfes. Beiden geht Macht vor Recht. Der eine hält die brutale Unterdrückung der Arbeiter für recht und notwendig, um eine ungehörte, billige Produktion zu erreichen und ein Hochkommen der Arbeiter zu verhindern. Der andere hält einen rückwärtsgehenden Klassenkampf für geboten, um das Unternehmertum zu befeitigen. Die zweifellos vorhandenen christlichen Unternehmer zeigten ihre Gesinnung öffentlich und praktisch ihren Arbeitern gegenüber nicht, wie es hätte sein müssen. Auch bei den unterantwortlichen Strichen der Unternehmer erhob keiner Widerstand. Auf einem solchen Boden gedeiht das Kraut ehrlücker gegenseitiger Anerkennung und Würdigung natürlich nur sehr schwer.

Unser Jahrzehntelanger Kampf um unsere Selbständigkeit und Interprofessionalität hindert uns natürlich auch. Man wollte uns zwingen, eine katholische Bewegung zu werden. Wir haben diesen Kampf erfolgreich beendeten und sind geblieben, was wir waren. Aber der Kampf hat uns doch die Durchbildung unseres Eigenlebens und die Durchsetzung unserer Forderungen sehr erschwert.

Die Gründung und Förderung der gelben Gewerkschaftsbewegung durch die Unternehmer wirkte ebenfalls ungünstig ein. Der Krieg hatte zuerst ebenfalls in dieser Beziehung unangünstige Folgen.

Mancher Unternehmer heuchelte zeitweise Freundschaft, um unsere Bewegung gegen die Sozialdemokratie auszuspielen und Geschäfte machen zu können. Weil das nicht gelang, hielt die äußerliche Freundschaft dann nicht lange an.

Am Schluß des Weltkrieges kam dann eine förmliche Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern. Sie war vom einflussreichen Stinnes mitgeschaffen. Leider beruhte sie nicht auf Gelinnungsgemeinschaft, nicht auf einer Hebung des Geistes. Sie war für die Unternehmer mehr eine Vorkehrung, ein Verzicht, ihr Eigentum und Leben vor der Revolution zu retten. Sobald ihrer Ansicht nach die Gefahr vorüber war, ließen sie im Vergleich des Ruhrgebietes die Maske fallen und übten offenen Verrat an den Arbeitern und überließen sie in hilflosster Weise.

**Wir müssen aber zum rechten Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern kommen**

Als Glieder eines Volkes müssen wir uns verstehen lernen. Wir sind nun einmal eine Schicksals- und Kulturgemeinschaft. Die politische Zukunft unseres Volkes verlangt Einheit. Auch aus kulturellen Gründen ist das rechte Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern anzustreben. Sodann verlangt auch die Rücksicht auf unsere Wirtschaft und unsere wirtschaftliche Zukunft eine befriedigende Lösung dieser Frage. In der bürgerlichen Weise können wir nicht weiter wirtschaften. Der Geist, in dem die Produktion geleitet wird, ist von großem Einfluß auf die Wirtschaftlichkeit. Die hohe Produktivität der Industrie Amerikas ist zum guten Teil gewiß auf äußere Umstände, zu einem großen Teil aber auch auf den dort herrschenden Geist zurückzuführen. Wenn Unternehmer und Arbeiter ihre Produktionsbetriebe gemeinsam lieben, pflegen, fördern, so wird die Produktion und Wirtschaftlichkeit höher sein, als wenn nur der Leiter dafür Interesse hat. Besorgnis aller um die Wirtschaft, die Produktion, den Vertrieb ist notwendig. Die Sorge um die Produktion und Wirtschaftlichkeit der Betriebe ist nicht nur Sache der Unternehmer. Dem Arbeiter wird es auf die Dauer nur dann gut gehen, wenn kein Gewerbe blüht, genügend produziert und wirtschaftlich gut arbeitet, und wenn kein Betrieb nicht schlechter arbeitet, wie die Konkurrenz.

Jeder Arbeiter hat auch ein Interesse an dem Wohlgehen anderer Gewerbe. Wenn es denen gut geht, dann sind sie gute Kunden. Dauernde Fortschritte einer Gruppe sind jedoch in weitgehendem Maße auch abhängig von Fortschritten anderer.

**Die Hindernisse, welche der Schaffung eines rechten Verhältnisses zwischen Unternehmern und Arbeitern entgegenstehen**

Das Problem der rechten Zusammenarbeit von Unternehmern und Arbeitern ist kein vorwiegend technisches, sondern ein geistiges, ein seelisches. Man kommt nicht zur rechten Zusammenarbeit, weil man über gewisse Grundgedanken nicht einig ist.

Ein Haupthindernis ist die materielle Grundeinstellung vieler Unternehmer. In folgerichtiger Auswirkung ihrer grundsätzlichen Auffassung sind sie Anhänger und Vertreter des brutalen Machtgedankens, dem die Macht das Höchste und Entscheidende ist und der sich an sittliche Normen nicht hält. Diese Kreise werden erst dann zur rechten praktischen Einstellung gegenüber den Arbeitern kommen, wenn sie dazu gezwungen sind, oder geistliche Gründe es geraten erscheinen lassen.

Ein Hindernis bietet auch die verkehrte Auffassung über den Zweck der Wirtschaft. Die Wirtschaft sucht sich immer wieder als das Wichtigste, das Höchste, als das eigentliche Ziel hinzustellen. Sie ist aber nur ein Mittel zum Zweck.

Für uns ist die Wirtschaft nicht das Höchste. Der Sinn des Lebens ist uns ein religiöser. Wir sollen uns hier durch rechten Nutzen den Himmel verdienen. Die Wirtschaft ist der Menschen wegen da und nicht umgekehrt. Die Wirtschaft soll dem Menschen die Mittel zum Leben liefern und ihm die Erreichung seines irdischen Zieles ermöglichen und erleichtern. Das ist unsere Auffassung.

Die Wirtschaft ist immer wieder bereit, höhere Güter zur Gewinnung wirtschaftlicher zu opfern, bereit, den Menschen aus jenen höheren Zielen für wirtschaftliche

Dinge preiszugeben, den Menschen als Mittel für wirtschaftliche Ziele zu erniedrigen. Um Geld zu gewinnen, läßt man Menschen körperlich und geistig zu Grunde gehen. Um Geld zu gewinnen, läßt man sie in unmwürdigen Wohnungsverhältnissen, die eine menschen- und kulturwürdige Lebensweise unmöglich machen und die Erreichung des ewigen Zieles für viele stark erschweren. Um Geld zu gewinnen, zwingt man oft Arbeiterfamilien, die in Werkwohnungen wohnen, auch gegen ihren Willen Kostgänger aufzunehmen und damit die bekannten Gefahren auf sich zu nehmen.

Wir haben uns in unserer Bewegung ja auch vorwiegend wirtschaftliche Ziele gestellt. Aber nicht, weil wir sie für das Höchste ansehen. Wir wollen befriedigende und gute Wirtschaftsverhältnisse und eine befriedigende Stellung der Arbeiter in der Wirtschaft, um die notwendige wirtschaftliche Grundlage zu haben für das Gedeihen der sittlichen Kultur, das Streben der Menschen nach sittlicher Vollkommenheit und nach ihrem ewigen Ziele.

Auch über den Staat gehen die Ansichten recht weit auseinander. Die Unternehmer suchen den Staat oft in falscher kapitalistischer Weise für sich auszunutzen. Der Staat ist ihnen ein Mittel für die Erreichung ihrer wirtschaftlichen Ziele. Er soll die Arbeiter zwangsweise ruhig halten, das Eigentum schützen, die Wirtschaft fördern, der kapitalistischen Produktion die Wege bahnen. Es ist besser, die Menschen zu Grunde gehen zu lassen, wie die Wirtschaft. Nie die Substanz angreifen, das ist die Ansicht mancher Vertreter dieser Anschauung.

**Wir schätzen den Staat anders ein**

Er ist uns mehr. Die Wirtschaft ist uns ein Mittel, um auch das staatliche Gemeinschaftsleben zu ermöglichen. Im Notfall muß im Interesse des Staates ein Teil der Wirtschaft geopfert werden, nicht umgekehrt der Staat für die Wirtschaft. Die Wirtschaft darf auch nicht die Politik führen. Sie muß sich ihr unterordnen. Die Notwendigkeit wird jeder einsehen, der im letzten Jahrzehnt nicht mit verbundenen Augen durch die Welt ging.

Auch über das Privateigentum gehen die Ansichten recht weit auseinander. Wir wollen nicht dessen Feindsetzung. Wir stimmen aber auch der kapitalistischen Auffassung über das Eigentum nicht zu. Vielen ist das Eigentum das Höchste. Es muß ihrer Ansicht nach geschützt werden, ob es gerecht oder ungerecht erworben ist, ob die durch das Eigentum gegebene Macht im Dienste der Gemeinschaft oder gegen die Gemeinschaft angewandt wird, ob es der berechtigten Entfaltung menschlicher Persönlichkeit dient, oder ob die durch das Eigentum gegebene Stellung falsch ausgenutzt wird und zur Zerstörung fremden Menschentums dient, ob es benutzt wird zur persönlichen Verbesserung oder zur Herabdrückung oder Verkümmung anderer, ob es den Menschen dient, um ihr ewiges Ziel zu erreichen, oder verwandt wird, um Tausenden dieses Ziel zu erschweren.

Wir kennen nicht nur Rechte des Eigentums, sondern auch Pflichten. Letztere müssen in den Vordergrund gestellt werden. Das Eigentum ist vom Schöpfer anvertrautes Gut, das gewiß im eigenen Interesse, denn aber auch im Interesse aller Menschen verwandt werden muß. Der Staat muß eventuell die Eigentumsrechte so beschränken, daß das Eigentum nicht zum Schaden der Gesamtheit mißbraucht werden kann. Besonders notwendig und berechtigt ist das bei den Bodenschätzen. Sie sind Eigentum der Gesamtheit. Sie sind unumstößlich zur Verwaltung und Ausbeutung übergeben.

Der Besitz und die Verwaltung der Produktionskräfte unseres Volkes gibt eine große Verantwortung. Die Leiter der Betriebe müssen sich als Verantwortler für die Volksgesamtheit fühlen.

Ein großes Hindernis für das rechte Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern ist die bei den Unternehmern vielfach herrschende Ueberschätzung des Außerlichen, des Materielle und der Mangel an Gefühl für das Geistige, Seelische, Ideelle. Ohne es auszusprechen, ja vielfach unbewußt, vertreten sie auch heute noch den materialistischen Standpunkt, den auch viele sozialdemokratische Arbeiter vertreten, daß die wirtschaftlichen Dinge die eigentliche Grundlage sind und alles Geistige und alles Wesen der Anstoß materieller Verhältnisse. Nicht nur wirtschaftliche, sondern auch geistige, politische und soziale Dinge werden von materialistischen Grundgedanken aus beurteilt. Das nicht zahlenmäßig ersicht werden kann, hat nach ihrer Ansicht keinen Wert, keine Bedeutung, keinen Einfluß. Ich habe oft über die Blindheit vieler Unternehmer gestammelt. Geistige Dinge hatten doch stets den größten Einfluß. Unwägbar geistige Stimmungen und Strömungen waren oft härter wie anscheinend gewaltige wirtschaftliche Kräfte.

**Auch im Verkehr mit ihren Arbeitern unterschätzen die Unternehmer**

in der Regel alles Geistige und Gefühlsmäßige. Weil sie die größte wirtschaftliche Macht haben, halten sie sich für die allein Anschlaggebenden. Sie glauben, daß sie kommandieren und die andern willenslos gehorchen müssen. Das Fühlen und Denken der anderen ist ihnen gleichgültig.

Gegen ihrer wirtschaftlichen Macht werden die Unternehmer der Großindustrie leider vielfach überschätzt. Schlimmer ist, daß sie sich selbst stark überschätzen und nur sich und ihre Gedanken für anschlaggebend halten.

Viele Unternehmer in der Großindustrie haben persönlich keine besondere Bedeutung. Der Betrieb läuft autarkisch. Auf technischem Gebiete werden die Erfindungen und Erfahrungen anderer übernommen. Der Markt wird vom Syndikat versorgt. Dem Arbeiter gegenüber liefert der Syndikus die notwendigen Gedanken oder Worte. Es wagt der Mensch mit seinen größeren Zielen und Aufgaben. Er wird aber auch kleiner mit der Einschränkung seines Aufgabenkreises. Bei der An-

stellung geben vielfach nicht mehr überragender Geist und Leistung den Ausschlag, sondern Verbindungen.

Das ist der Grund des allgemein auffallenden Mangels an Köpfen in der Großindustrie. Dort finden wir vielfach gute Spezialisten, aber sonst Masse in des Wortes überlitterter Bedeutung. Nur noch einzelne ragen hervor, stehen über dem Durchschnitt. Die meisten, von denen man nach ihrer Veranlagung über dem Durchschnitt stehende Leistungen erwarten konnte, wurden geistig immer kleiner, gingen nicht vorwärts, sondern zurück.

Das schlimmste ist, daß diese Leute sich für tüchtig, für überragend, für die eigentlich und allein berufenen Führer halten. Sie möchten auf allen Gebieten Führer sein. Das ist nicht auffallend. Schon ein altes Sprichwort bringt kräftig zum Ausdruck, daß Mangel an Geist in der Regel nicht mit Bescheidenheit gepaart ist. Wenn ein geistig Beschränkter trotz seiner Beschränktheit hoch kommt, wirtschaftliche Macht erlangt, so schreibt er das in der Regel seiner überragenden Tüchtigkeit zu. Er überschätzt sich und verachtet andere. Er ist auch leicht geneigt, die ihm gegebene Macht falsch auszunutzen. Es ist ja viel schwerer, gut zu führen, als sich führen zu lassen, viel schwerer zu kommandieren als zu gehorchen.

Auf dem Boden einer falschen grundsätzlichen Einstellung, aus Dummheit und Stolz,

**entwickeln sich die hochmütigen Unterdrückungs naturen,**

die aus Machttrieb den Arbeitern nicht die ihnen zustehende Stellung im Wirtschaftsleben und im Leben überhaupt eintäumen wollen, die den Arbeitern auch das nicht geben wollen, was sie gut geben können, die ihnen oft nicht einmal das zukommen lassen wollen, was ihnen nichts kostet, die aus Machttrieb, brutaler Herrschsucht und Götzigkeit Arbeiter unterdrücken und schlecht behandeln, die Löhne drücken, die Arbeitszeit immer wieder verlängern wollen, den Arbeiterfamilien nicht einmal die notwendige ärztliche Fürsorge gönnen und das Geld lieber in unnütze Bauten stecken. Auch heute schämen sich manche nicht, offen heraus zu sagen, daß sie die Arbeiter nicht als gleichberechtigt und gleichwertig ansehen. Bei der letzten Wahl des Vorstehenden im Reichstohlenrat z. B. trat Herr Direktor Gerbig als Vertreter der Unternehmer dafür ein, „daß der Vorstehende stets aus dem Unternehmerkreis genommen wird, weil das Unternehmertum in erster Linie die Verantwortung für die Kohlenwirtschaft zu tragen habe.“ Können die Vertreter solcher Auffassung verlangen, daß die Arbeiter sich bei ihrem Wirken verantwortlich für die Wirtschaft fühlen?

Ein Hindernis für die Herbeiführung eines guten Verhältnisses zwischen Unternehmern und Arbeitern ist auch die Bißigkeit des Werksgemeinschaftsgedankens in einer Form, daß er sich gegen die Gewerkschaften richtet. Das Besessentum zur sozialpolitischen Betriebsisolierung zeigt, daß man teilen und herrschen will. Das Geschrei: „Los vom Tarifzwang“, zeigt, wohin der Weg gehen soll. Ohne Anerkennung der Gewerkschaften und ohne Tarifvertrag ist eine Arbeitsgemeinschaft nicht möglich. Das falsche privatwirtschaftliche Prinzip, das nur an sich denkt, ist eine schlechte Grundlage für ein Zusammenarbeiten.

Bedenklich ist der jetzt von vielen Unternehmern begonnene Kampf um die Seele des Arbeiters. Werksschulen, Lehrwerkstätten mit Unterricht, Werkzeitungen, sodann nationale und gesellschaftliche Betreue, sollen der geistigen Beeinflussung der Arbeiter dienen. Besonders bemüht man sich um die Jugend. Sie sucht man in erster Linie durch Sport- und nationale Verbände zu fassen. In starkem Maße werden auch Wissenschaftler für diese Bestrebungen eingespannt. Die Anhänger dieser Bestrebungen gehen von falschen Voraussetzungen aus. Sie wollen die Arbeiter gegen ihre eigenen Interessen verwenden. Deshalb müssen diese Bestrebungen auch scheitern. Man kann die Arbeiter nicht dauernd gegen sich selbst, gegen ihre eigenen Interessen mißbrauchen. Die Geschichte lehrt das. Die Bestrebungen sind eine Wiederholung der Arbeitsweise der liberalen Fortschrittspartei aus den 1850 und -60er Jahren. Um die Arbeiter in der Hand zu halten, machte man damals in Arbeiterbildungsvereinen, Genossenschaften usw. Der Erfolg war, die Arbeiter kamen doch zu der Erkenntnis, daß sie den Interessen anderer dienen sollten. Es kam dann zur Spaltung der Bewegung und zur Gründung der sozialdemokratischen Partei und Gewerkschaften.

**Wie kommen wir nun zum rechten Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern?**

Eine vernünftige Ordnung des Verhältnisses zwischen Unternehmern und Arbeitern ist nur möglich, wenn beide die rechten Grundzüge und die richtige praktische Einstellung zueinander finden. Notwendig ist ein Geist der ehelichen, gerechten Einstellung zueinander, ein Geist ehrlücker Zusammenarbeit, der zum gemeinsamen Streben und gemeinsamer Initiative, zur Förderung der Produktion führt. Zur Arbeitsgemeinschaft gehört auch ein inneres Bekenntnis zur Volksgemeinschaft und Gewerksolidarität. Auf beiden Seiten muß das vorhanden sein. Eine Arbeitsgemeinschaft verlangt innerliche Ehrlichkeit zueinander und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Jeder muß vom anderen wissen: Er ist ein anständiger, offener Mensch, der mich nicht hintergeht. Eine hinterhältige, unehrliche Bearbeitung der Presse gegen die Arbeiter ist dabei nicht möglich.

Es genügt nicht, aus geschäftlichen Gründen Gemeinheitsgelingen zu heucheln. Der andere merkt das doch. Und wenn die geschäftlichen Interessen sich ändern, fällt der heuchlerische Schein. Einen traurigen Beweis, daß es ohne die rechte innere Einstellung nicht geht, lieferten die Unternehmer im Ruhrbergbau im Herbst 1923. Er wird als ein Denkmal der Schande für das heutige Unternehmertum in der Geschichte weiterleben. Die Arbeiter waren in der Zeit ihrer Macht nach der Revolution im allgemeinen sehr anständig gegen

die Unternehmer. Beim Ruhrbruch standen sie tren zu den Volksgenossen aus dem Unternehmerlager. Trotzdem wurden sie von den Unternehmern in hinterhältigster Weise überfallen. Ich erinnere nur an die Verlängerung der Arbeitszeit unter Vertragsbruch, Lohnkürzungen, die willkürlichen Entlassungen, Beseitigung der Familienfürsorge, Nichtgewährung des vertraglichen Urlaubs usw.

Die Unternehmer entschuldigen ihre Taten oft mit der Not, mit dem Mangel an Geld. Not ist niemals Entschuldigung für Verrat. Viele Sünden hätten auch unterlassen werden können, ohne daß es Geld kostete. Eine gute Behandlung der Arbeiter kostet z. B. nichts. Für die widerrechtlich genommene Familienfürsorge war auch das Geld da. Die Kosten hätten in der Ruhrknappschafft rund drei Millionen Mark betragen. Im Jahre 1924 hatte die Krankenkasse aber einen Ueberschuß von rund 12 Millionen Mark. Trotzdem ließ man die Menschen zugrunde gehen. Für überflüssige Krankenhausbauten aber hatte man Geld.

Soll das rechte Verhältnis geschaffen werden, dann müssen sich

### Unternehmer und Arbeiter gegenseitig als notwendig und für die Wirtschaft gleichwertig

achten. Der eine soll in dem anderen den Menschen, den Volksgenossen, den notwendigen und unentbehrlichen Mitarbeiter sehen, ihn als solchen achten und behandeln. Der eine ist doch die notwendige Ergänzung zum anderen. Jeder soll sich nicht über den anderen nicht unterschätzen. Das gilt für beide. Es gibt auch Arbeiter, die glauben, die körperliche, ausführende Arbeit sei alles.

Der Arbeiter darf den Unternehmer nicht als überflüssigen Ausbeuter ansehen und als solchen grundsätzlich bekämpfen.

Der Unternehmer aber muß eine gute Behandlung der Arbeiter auf dem Boden der Gleichberechtigung als selbstverständlich ansehen. Ehrlich und aufrichtig muß er die Interessenvertretung der Arbeiter, die Gewerkschaften, achten, und er darf sie weder direkt noch indirekt bekämpfen. Er muß mit ihnen die notwendigen Verträge abschließen. Die Arbeiter muß er im Betriebe so behandeln, daß sie seinen Betrieb als ihren Betrieb ansehen und gern in ihm und für ihn arbeiten. Das Recht des Arbeiters, seine Interessen im Betriebe zu wahren, muß grundsätzlich und praktisch anerkannt werden. Man muß ihm auch das Recht zuerkennen, in die Betriebswirtschaft hineinzugehen. Dem Arbeiter muß man die Arbeit so angenehm wie möglich machen. Man soll möglichst gute Arbeitsräume schaffen. Notwendig ist auch eine gute Ausstattung mit Maschinen usw., um ohne unnütze Arbeit eine hohe Leistung zu ermöglichen. Dann muß man den Arbeiter am Betrieb und seinem Ergebnis interessieren, muß den Arbeiter mitverantwortlich machen, ihm nicht immer, wie es bisher geschehen ist, sagen, er habe sich um nichts zu kümmern. Man soll ihn nicht als bloße Arbeitskraft ansehen. Auch der Geist des Arbeiters muß sich auswirken können. Anregungen von ihm zur Verbesserung des Betriebes soll man gerne annehmen, ja, sie sogar veranlassen. Bei feigen Ergebnissen des Betriebes sollte man dem Arbeiter gerne einen gerechten Anteil mitgeben. Soweit wie möglich müssen die Arbeiter in Mitbestimmung und Mitverwaltung kommen.

### Der Arbeiter aber muß in stärkstem Maße am Wohlergehen seines Gewerbes und seines Betriebes interessiert sein

und sich mit aller Kraft bemühen, sie zu fördern. Der Betrieb, in dem wir arbeiten, ist nicht etwas uns

## die deutsche Sozialpolitik in Vergangenheit und Zukunft

verbreitete sich in großangelegter Rede Kollege Otto-Vorlitz. Seine Ausführungen gipfelten in folgenden Kerngedanken:

Die christlich-nationale Arbeiterbewegung führt ihr Eigenleben aus der ihr eigenen Ideenwelt heraus. Alle Gebiete des öffentlichen Lebens, in die sie eingreift, sieht sie von dieser ihrer Ideenwelt aus bestimmt. Alle Teilgebiete, die sie bearbeitet, sind ihr Mittel, um dem Gemeinschaftsleben des Arbeiterstandes und darüber hinaus dem Gemeinschaftsleben des Volkes auf der Grundlage ihrer Ideenwelt Form und Inhalt zu geben.

Auch die Sozialpolitik ist ihr ein Faktor, dem Gemeinschaftsleben des deutschen Volkes einen lebensgerechteren Inhalt zu geben, als wir ihn heute haben. Unsere Auffassung von Sozialpolitik baut nicht zuletzt auf dem Glauben an die aus der christlichen Weltanschauung sich ergebende christliche Menschenwürde. Menschenwürde, die für jeden Menschen die Freiheit der körperlichen und geistigen Kräfteentfaltung und damit zu allererst Schutz vor körperlicher Kraftausnutzung fordert. Hier liegt die Lebensbestimmung der Sozialpolitik. Sozialpolitik ist nicht Fürsorge einer höheren oder vollwertigeren Schicht für eine minderwertige oder tieferstehende, sie ist auch nicht Fürsorge für den Arbeiter bzw. den Arbeitnehmer als schaffendes Objekt der Wirtschaft, sondern sie ist ein selbstverständlicher Anspruch des körperlich schaffenden und schwer arbeitenden Menschen auf Schutz seiner Persönlichkeit. Die Anerkennung der Persönlichkeit und Menschenwürde in allen Menschen schafft für die Sozialpolitik die wahre und richtige Grundausgangslage und gibt ihr damit die Kraft selbstverständlicher Gemeinschaftsbindungen der Volksschichten untereinander.

Gegenüber den früheren Verhältnissen ist ein großer Fortschritt vorhanden. Man braucht nur das, was früher war, mit dem, was heute ist, zu vergleichen und einander gegenüberzustellen. Früher gab es für die Arbeiter keine Gleichberechtigung in Staat, Gesellschaft, Betrieb und Wirtschaft. Heute ist diese höhere Gleichberechtigung, wenn auch noch nicht ganz, so doch zum großen Teil errungen. Früher hatten wir in einer Reihe von Einzelstaaten

### Am 1. Mai 1926 ist der achtzehnte Wochenbeitrag für das Jahr 1926 fällig.

Feindliches. Es ist unser Betrieb. Wir geben ihm unseren Geist und unsere Kraft. Wir hängen mit unserer Gesundheit, unseren Einnahmen und damit mit der ganzen Existenz und auch mit der Existenz der Familien von ihm ab. Im eigenen Interesse müssen wir ihn deshalb fördern, gut ausbauen, möglichst rentabel zu gestalten suchen. Je technisch vollkommener, gesunder und rentabler der Betrieb ist, um so besser für uns. Unser Interesse ist eigentlich viel größer, als das des Unternehmers.

Die Unternehmer müssen auch eine wenigstens menschenwürdige, ja, sogar eine hohe Lebenshaltung als unbedingt notwendig selbst vertreten und ganz energisch anstreben. Sie müssen für die Zahlung höherer Löhne sein. Die Löhne dürfen nicht als Mittel zum Ausgleich bei allen Schwierigkeiten angesehen werden. Eine hohe Lebenshaltung wird den Arbeiter befähigen, viel zu leisten.

### Ein hohes Einkommen der breiten Masse bringt Absatz und Arbeit

Ein guter Markt übt einen guten, stabilisierenden Einfluß aus. In Zukunft wird ein guter Markt ausschlaggebender sein wie je. Hohe Löhne sind auch nicht gleichbedeutend mit hohen Produktionskosten. Amerika hat trotz höchster Löhne einen geringeren Lohnanteil am Stück wie wir.

Man muß den Arbeiter auch nicht einfach kommandieren wollen, wie es früher auf den Kasernenhöfen üblich war. Man muß den Arbeiter überzeugend und durch Führertugenden und durch zweckmäßiges Durchsehen der Betriebsnotwendigkeiten unter Berücksichtigung seiner berechtigten Gefühle führen.

Trotz besten Willens von beiden Seiten werden gewisse Gegensätze bleiben. Beide haben gemäß ein Interesse an dem guten Gang des Gewerbes und des Wertes und an einem guten Ertrag. Um die Verteilung des Ertrages aber wird es immer Differenzen geben.

Selbstverständlich müssen die verbleibenden Gegensätzlichkeiten in einer Form ausgetragen werden, daß die notwendige Zusammenarbeit darunter nicht leidet. Jeder muß grundsätzlich dem anderen das Recht zugestehen, seine Interessen energisch zu vertreten. Die Gesamtfragen sind durch Tarifverträge zu regeln. Notwendig ist dann das Vorhandensein und die beiderseitige offene, ehrliche Anerkennung einer Schlichtungsinstanz bei Streitigkeiten.

Die Herbeiführung des rechten Verhältnisses zwischen Unternehmern und Arbeitern sollte möglichst bald erfolgen. Man kann damit nicht warten, bis auf beiden Seiten alles dafür ist. Man muß damit anfangen, sobald sich auf beiden Seiten eine Anzahl von Leuten findet, die den Mut haben, trotz aller Hindernisse auf dem Wege der Gleichberechtigung die gegenseitige Anerkennung und Gemeinschaftsarbeit zu leisten. Mögen sich auch im Unternehmerlager bald die Männer finden, die ohne Hinterhältigkeit und ohne Nebenabsichten sich hierzu bereit finden. Bei uns wird es an einer offenen, ehrlichen Mitarbeit nicht fehlen. (Stürmischer Beifall.)

Heber

und in den Gemeinden das Dreiklassenwahlrecht; die Aufstiegsmöglichkeiten in Verwaltung, Wirtschaft usw. waren gesetzgeberisch dem Besitz vielfach geradezu auf den Leib zugeschnitten. Die Arbeiterklasse war fast überall das Objekt; die angebliche Freiheit des Arbeitsvertrages war größtenteils eine Freiheit, die nur theoretisch bestand. In den Betrieben war von Mitbestimmungsrecht keine Rede; keine Betriebsräte, Tarifverträge nur in wenigen handwerksmäßigen Gewerben. In der Schwerindustrie herrschte fast überall der „Herr-im-Haus-Standpunkt“. Ein staatliches Schlichtungsweesen existierte nicht, von Verbindlichkeitsklärungen auf Grund staatlicher Vorsehrrechte war erst recht keine Rede. Und wenn wir heute an der Erwerbslosenfürsorge auch mit Recht vieles anzusehen haben, so muß doch anerkannt werden, daß hier gegenüber den früheren Verhältnissen ein gewaltiger Wandel eingetreten ist: früher bestand die Erwerbslosenfürsorge über das Maß der Hilfe, welches die Berufsorganisationen leisteten, hinaus nur in der entprechenden und ehrenwerten Armenunterstützung.

Trotz dieser Errungenschaften kann heute von einer Gleichachtung der Arbeiterklasse keine Rede sein. Die Gleichachtung kann in der Hauptsache aber nur auf dem Boden einer Gemeinschafts- und Sozialgesinnung erwachen, die heute leider nicht vorhanden ist. Der Kampf in Presse und auf Tagungen geht letzten Endes immer wieder von einer inneren Auffassung aus, die überwiegend in der Arbeiterklasse die rechtlose Masse sieht, die um den materiellen Aufstieg weniger Besitzender arbeiten muß. Die Verwirklichung dieser Gesinnungen würde den Arbeiter wieder zum rechtlosen Objekt herunterstufen lassen.

Die Sozialpolitik der Zukunft muß von anderem Inhalt erfüllt sein, als die der Vergangenheit.

### Hauptleitgedanken der Sozialpolitik in der Vergangenheit

Die Sozialpolitik der Vergangenheit hatte stark den Charakter der Zweckfürsorge. Sie war im wesent-

lichen von der Sphäre des Obrigkeitsstaates und von den Gedanken des Gebens von oben herunter beherrscht. So sehr auch anerkannt werden muß, daß die gesetzgeberischen sozialpolitischen Maßnahmen, besonders am Ende des vorigen Jahrhunderts, im gewissen Sinne als Bruch mit dem Grundgedanken vom „freien Spiel der Kräfte“ mit der Freiheitslehre, die dem Staat lediglich die bekannte Nachwächterrolle zubilligte, zu betrachten sind, so war jene Sozialpolitik doch weit davon entfernt, in ihr einen Faktor zu sehen, der die innere und äußere Gleichberechtigung der Arbeiter in sich schloß. Auch war durch die Sozialpolitik in Wirklichkeit das „freie Spiel der Kräfte“ nur wenig eingeengelt. Die Sozialpolitik war Zweckmaßnahme, besonders in der Hinsicht, den Arbeiter mit dem Staat mehr auszuöhnen, sie war eine Konzession an die wachsende Macht der Arbeiterklasse, die ihr die Organisation gab. Der Zweck konnte aber nicht erreicht werden, weil dem Arbeiter gegenüber die hohen Scheidungswauern in gesellschaftlicher und staatlicher Hinsicht, die ihn zu einem Bürger milderer Rechts, zum Objekt auch der Gesetzgebung stempelten, aufgerichtet waren. Und diesen zweckbestimmten Konzessionen gegenüber, die man der angeblichen Gefahr, nicht aber den Menschen der Arbeiterklasse gegenüber machte, forderte man noch die Dankbarkeit des Arbeiters. Der Gedanke, daß die soziale Fürsorge aus einer sittlichen Pflicht heraus, von der Grundlage der Anerkennung der Menschenrechte und Menschenwürde der Arbeiter auszugehen hat, hatte keinen Raum. Und als die beabsichtigten Wirkungen nicht eintraten und das Aufbegehren der in ihrer Menschenwürde verletzten Massen größer wurde, glaubte man zeitweilig, Sozialpolitik sei überhaupt eine sehr zweifelhafte Sache oder sie sei gar zwecklos. Die Schlagworte von der Gefährlichkeit der Massen, von der Rentenmühsal der Arbeiter wurden gangbare Münze.

### Sinn und Inhalt der zukünftigen Sozialpolitik

muß vornehmlich bestimmt sein von der Achtung der Menschenwürde, von dem Gedanken sittlich starker Verbundenheit der Volksgenossen untereinander. Die Hilfeleistung des Staates sowohl, wie auch der Volksgenossen untereinander, muß mehr von diesen weltlichen Grundgedanken beherrscht werden. Für uns als Anhänger der christlichen Weltanschauung ist die Schlussfolgerung von selbst gegeben. Eine gewaltige Erziehungsaufgabe ist notwendig, um für alle Volksschichten die weltliche Grundanschauung zur Grundlage allen sozialpolitischen Handelns zu machen.

Aus der Erkenntnis der gezeichneten Gesinnungsgrundlage der Sozialpolitik heraus muß die staatliche Sozialpolitik ihr Bestreben dahin richten, in verstärktem Maße Sozialpolitik „mit und durch“ die Arbeiterklasse zu betreiben. Dort, wo die Gesetz- und Einrichtungen noch stärker die Selbstverantwortung und Selbstverwaltung gewährleisten können, muß es geschehen. Als großer Bürokratismus und Formalismus hemmen den weltlichen Kontakt, der nötig ist.

In diesem Sinne wollen die praktischen Gegenwartsfragen betrachtet werden. Unsere Sozialversicherung hat angefangen der großen Zerrüttung, in der sie sich vor zwei Jahren noch befand, eine schnelle Festigung erfahren. Ihren Gegnern gegenüber sei gesagt, daß sie keine Ueberspannung des staatlichen Pflichtgedankens gegen einen Volksteil bedeutet, sondern sie ist eine selbstverständliche Staatsleistung aus seinen Aufgaben für das Volk, dem die Arbeiterklasse wie die Beamtenklasse angehört.

Wir erstreben einen weiteren organischen Ausbau der Sozialversicherung. Das gilt auch im Hinblick auf die Knappschaftsreform. Es handelte sich bei ihrer Ausgestaltung im letzten Grunde ja gar nicht darum, einige Auswüchse zu beseitigen. Wo wirklich nicht zu verantwortende Uebererschneidungen des Lohnes durch Renten in Einzelfällen Platz griffen, werden die Arbeitervertreter die letzten sein, die solche Dinge nicht beseitigen helfen wollen. In Wirklichkeit sollte aber die Knappschaftsversicherung wesentlich rückerwartet werden, ein Beginnen, dem in Anbetracht der schweren und gefährlichen bergmännischen Arbeit unsere Bewegung nicht zustimmen kann. Es wurde hier das Gegenteil vom organischen Ausbau erstrebt.

Einer Verschmelzung oder einer Zusammenlegung der verschiedenen Versicherungszweige kann man nicht das Wort reden; man kann es nur insoweit tun, als dadurch keine größere Bürokratisierung, sondern Vereinfachungen auch nach der verwaltungstechnischen Seite entstehen. Die Frage, ob die Sozialversicherung nicht durch eine allgemeine Fürsorge, beziehungsweise durch eine allgemeine Staatsbürgerversorgung abgelöst werden sollte, muß als unzulässige schematische Lösung verneint werden.

In bezug auf die Erwerbslosenfürsorge haben wir bereits auf der öffentlichen Vertretertagung der christlichen Gewerkschaften Ende 1924 in Köln die Abschaffung der Erwerbslosenfürsorge durch eine einen Rechtsanspruch gewährleistende gute Erwerbslosenversicherung verlangt. Zu der Kostendeckung sollte außer den Beiträgen der Beteiligten auch das Reich und die Allgemeinheit herangezogen werden. Die meisten Generalversammlungen unserer Berufsverbände haben sich dieser Forderung angeschlossen. Inzwischen ist auch die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände mit einem vertraulich zu folgender Gegenseitigkeit hervorgekommen, der geradezu darauf ausgeht, überall dort, wo den Arbeitnehmern Rechte und Freiheiten eingeräumt sind, diese Rechte und Freiheiten zu beseitigen. Demgegenüber sei betont, daß das Bestreben, möglichst eine hungernde Reservearmee zu erhalten, die besonders in Krisenzeiten auf den Arbeitsmarkt drückt und eine Gefahr für die sozialen Errungenschaften bedeutet, uns zum nachdrücklichsten und schärfsten Gegner haben wird.

Die jetzige Krisenzeit erschwert die Schaffung einer Arbeitslosenversicherung. Darum fordern wir eine Zwischenlösung, die darin besteht, daß die Unterstützungssätze nach Einklassifizierung gestaffelt werden. Die Bemessung der Unterstützungssätze nach dem Lohn ist das Gerechtste.

Wir müssen ferner zu klareren Rechtsverhältnissen und Abgrenzungen der Zuständigkeiten in der Erwerbslosenfürsorge kommen. Zwischen Reich, Ländern und Gemeinden besteht heute vielfach ein Qualitätsmangel, der nicht nur ein Nebeneinander, sondern ein Gegeneinander zum Folge hat. Die Leidtragenden dabei sind die Versicherten. Notwendig haben wir auch eine Beschwerdestelle gegen nicht haltbare Beschlüsse der Verwaltungsausschüsse.

Die vor kurzem erfolgte Regelung der Kurzarbeiterunterstützung befriedigt durchaus nicht. Die Verordnung über die Kurzarbeiterunterstützung ist mit so viel Erleichterungen verbunden, daß sie beim besten Willen keine Befriedigung auslösen kann. Hinzu kommt die Beschränkung der Unterstützung auf Betriebe, die in der Regel mehr als zehn Arbeiter beschäftigen. Wir gehen durchaus zu, daß es schwierig ist, in dieser Frage eine gerechte Lösung zu finden, können aber die Argumentation nicht anerkennen, daß die Kurzarbeiterunterstützung den Unternehmern Anlaß gäbe, ihre Betriebe noch mehr einzuschränken, beziehungsweise stillzulegen. Es muß eine gerechtere Lösung der Kurzarbeiterunterstützungsfrage gefunden werden.

Das Arbeitsgerichtsgesetz, dessen Verabschiedung hauptsächlich in nicht zu ferner Zeit erfolgen wird, ist arbeitsrechtlich für uns eine sehr bedeutungsvolle Materie. Im großen und ganzen werden wir uns auf den Boden des zuletzt erlassenen Entwurfs stellen können. Wir sind auf der einen Seite wieder für eine vollständige Lösung von den ordentlichen Gerichten, noch auf der anderen Seite für eine volle Eingliederung der Arbeitsgerichte in die ordentlichen Gerichte. Ebenso können wir dem von den Rechtsanwältinnen und auch sonst in der Öffentlichkeit geltend gemachten Verlangen nach Zulassung der Rechtsanwältinnen schon in erster Instanz nicht zustimmen. Die Beteiligten sollen, wo es möglich ist, ihre Sache allein austragen.

In diesem Zusammenhang sei auch auf die Notwendigkeit verwiesen, die Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechts mehr zu beschleunigen. In dem Arbeitsgerichtsgesetz sehen wir einen Anfang.

Man kann das Tarif- und Schlichtungsweesen nicht behandeln, ohne auch die Lohnfrage zu prüfen. Die Lohnfrage ist immer der Punkt, bei dem die größten Gegensätze auftauchen. Die Gegnerschaft gegen eine verkürzte Arbeitszeit, gegen das Tarif- und Schlichtungsweesen ist zum wesentlichen von dem Verlangen diktiert, in der Lohnfrage festerer Hand nach unten hin zu bekommen. Es wäre wirklich zu wünschen, daß wir endlich einmal, besonders auf Arbeitgeberseite, zu einer großzügigeren Einstellung zur Lohnpolitik kommen. Immer wieder kann man hören, in Anbetracht der Lage der deutschen Wirtschaft muß der Lohn auf einem niederen Niveau liegen. Oder es wird umgekehrt argumentiert, die Reallohne seien in Deutschland — abgesehen von Amerika — so hoch wie im Ausland. Das trifft nun keineswegs zu. Gewiß ist bei einigen Gruppen der Reallohn der Vorkriegszeit erreicht. Dieser Vorkriegslohn, der bei dem damaligen guten Stand der deutschen Wirtschaft wesentlich höher hätte sein können, ist ein verhältnismäßig schlechter Maßstab. Die Argumentation wäre im Zeitalter der Weltkonkurrenz und des Weltverkehrs eher zu verstehen, wenn das Ausland mit seinen Löhnen in den letzten Jahren bei den Vorkriegslohn geblieben wäre. Tatsache aber ist, daß die Löhne in den meisten bedeutenden europäischen Wirtschaftsländern zu mit stabiler Währung über dem deutschen Lohnniveau liegen, von den Lohnverhältnissen in den Vereinigten Staaten von Amerika gar nicht zu reden. Es ist von Arbeitgeberseite behauptet worden, daß die Argumentation der Arbeitnehmer, gute und angemessene Löhne hätten auch eine Kaufkraft auf dem Auslandsmarkt zur Folge, ein gefährliches Schlagwort sei. Dem ist aber nicht so. Es handelt sich hier nicht um ein gefährliches Schlagwort, sondern um eine Tatsache. Mit niedrigen Löhnen und Gehältern wird man weder die Sparfähigkeit auf der einen, noch die Kaufkraft und damit die Absatzmöglichkeit auf der anderen Seite heben können.

Wente ist das Streben, vom Tarifvertrag loszulassen, sehr stark, und wird die mangelhafte Wirtschaftslage in unzähligen Fällen zum Anlaß genommen, die Lohnsätze zu kürzen.

Wir stehen, entsprechend unserer grundsätzlichen Einstellung, durchaus auf dem Standpunkt, daß der Staat nur dann in die Belange und Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern eingreifen soll, wenn die Beteiligten aus eigener Kraft und Verantwortung die Fragen nicht so lösen können, wie es im Interesse des Gesamtvolkes notwendig ist. Demzufolge geben wir ohne weiteres zu, daß freiwillige Vereinbarungen und auch Schlichtungsinstanzen, die von den Beteiligten selbst gebildet sind und Entscheidungen fällen, den Vorzug vor den staatlichen Eingriffen verdienen. Demnach aber kann das staatliche Schlichtungsweesen nicht entbehrt werden.

Auch in bezug auf die Verbindlichkeitsklärung gilt, daß der Staat das Recht haben muß, in das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer einzugreifen.

Die Anforderungen der Arbeitgeber gegenüber, daß sie nicht Gegner der Tarifverträge sind, daß sie nur den Verlesteriff schreiben, haben wir folgendes zu sagen: Wir sind keine grundsätzlichen Gegner des Verlesteriffs, d. h. wir vertreten und fordern ihn dort, wo er nach Lage der Verhältnisse zweckmäßig ist. Das trifft aber nur dort zu, wo es sich um große Betriebe handelt und der Betrieb nach seinen ganzen Produktionsverhältnissen

eine Art Sonderstellung einnimmt. Wir wenden uns aber gegen den Verlesteriff, der von den Arbeitgebern meistens zur prinzipiellen Forderung erhoben wird und der seine Spitze gegen die Gewerkschaften richtet.

Von der Werksgemeinschaft gilt dasselbe. Meistens steht hinter dieser Forderung der Wille zur einseitigen Herrschaft im Betriebe durch den Arbeitgeber. Wo es sich aber darum handelt, aus wirklichem Arbeitsgemeinschaftsgeist heraus auf dem Boden gegenseitiger Anerkennung und Gleichberechtigung im Betriebe eine Basis für eine gemeinsame Arbeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu finden, sind wir nicht nur Anhänger, sondern auch Förderer einer solchen Werksgemeinschaft. Ablehnen müssen wir Werksgemeinschaften, die ohne und gegen die Gewerkschaften gebildet werden.

Unter den am meisten gegenwärtig stark hervor-tretenden sozialpolitischen Gegenwartsfragen nimmt die Arbeitszeitfrage nicht die letzte Stelle ein. Durch die Verhandlungen der Arbeitsminister von Deutschland, England, Frankreich, Belgien und Italien, die kürzlich in Brüssel des Direktors des Internationalen Arbeitsamtes in London stattfanden, ist die Arbeitszeitfrage in ein neues Stadium gerückt worden. Es darf erwartet werden, daß die Frage der Ratifikation des Washingtoner Arbeitszeitabkommens dadurch auf eine fortschrittliche Bahn gedrängt worden ist. Wir haben uns bereits früher — wenn auch unter bestimmten Vorbehalten — für eine Ratifikation des Washingtoner Arbeitszeitabkommens erklärt, ebenfalls für eine Mitarbeit Deutschlands innerhalb der Internationalen Arbeitsorganisation. Die Stellung der christlichen Gewerkschaften — das gilt sowohl für uns in Deutschland speziell, wie auch für den Internationalen Bund der christlichen Gewerkschaften im allgemeinen — muß allerdings innerhalb der Internationalen Arbeitsorganisation eine bessere Würdigung erfahren.

Die sozialen Fragen haben heute in einem viel stärkeren Ausmaß internationale Zusammenhänge und Auswirkungen, als früher. Wir haben den schematischen Achtstundentag nie vertreten. Es entspricht aber der Billigkeit, wenn notwendige Ueberarbeit auch eine entsprechend höhere Bezahlung erfährt. Im übrigen kann für uns die Lösung nicht lauten: „Mehrarbeit, weil wir Reparationen zu leisten haben“, sondern „Herabsetzung der Reparationen, wenn letztere zu einer Gefahr auch für die sozialen Belange werden. Erst Brot, dann Reparationen.“ (Sturm. Beifall.)

Vom Gesichtspunkt unserer weltanschaulich vertieften Auffassung von der Sozialpolitik können wir der Meinung, daß die Wirtschaftspolitik, Finanzpolitik usw. den Vorrang vor der Sozialpolitik haben müsse, nicht zustimmen. Die Sozialpolitik muß vom Standpunkt der vollstetigen Verbundenheit, des gegenseitigen Einsteheens der Menschen füreinander, der Liebe, die dem Mitmenschen entgegenzubringen ist, mit die erste Stelle einnehmen. Der Ruf nach Abbau des Reichsarbeitsministeriums, nach Beilegung des preussischen Wohlfahrtsministeriums, der Entschluß, den Baden bereits früher tätige und Bayern nunmehr tätigen will: den Abbau der Sozialministerien, haben ihren Ursprung in einer Denkart, die der Sozialpolitik eine Art sekundäre Rolle zumißt. Weil wir unser Volk und Vaterland lieben, weil wir Friede und Eintracht nach unten und außen wollen, kämpfen wir für eine Sozialpolitik, die das Gemeinschaftsleben unseres Volkes steigert. Das ist die sozialpolitische Aufgabe der Sozialpolitik, da liegt ihre nationale Kraft.

Unsere Aufgabe ist es, in erster Linie an der Tiefenführung der wahren sozialpolitischen Gesinnungsgrundlage zu arbeiten, denn unsere christliche Ideewelt ist die feststehende Quelle einer Sozialpolitik, die dem Menschen gerecht wird in Form und Inhalt allen Gemeinschaftslebens. (Starker Beifall.)

## Allgemeine Rundschau

### Um das Gemeindebestimmungsrecht

Für und gegen das Gemeindebestimmungsrecht wird im Augenblick eine lebhafteste Propaganda entfaltet. Am rühmlichsten zeigen sich dabei die Alkoholinteressenten. Nun sind wir die letzten, die alle Ziele der Alkoholgegner mitzumachen gewillt wären. Die gänzliche Erdoberlegung halten wir sogar für ein durchaus verkehrtes Mittel. Auch von einer Beschränkung des Alkoholverbrauchs durch Gesetz oder Gemeindebestimmung erwarten wir nicht alles Heil, weil erzieherische Einwirkungen Zwangsmaßnahmen durchaus vorzuziehen sind. Da aber das Alkoholkapital mit den oft raffiniertesten Mitteln zu einem übermäßigen Alkoholgenuß reizt und willensschwache, nicht selten auch sonst willensstarke Menschen niederschwimmt, so sind hier vorbeugende Maßnahmen wohl am Platze. Und so angesetzt, kann das Gemeindebestimmungsrecht ein Mittel zu wohlthuendem und unehrlichemendem Maßhalten im Genuß alkoholischer Getränke werden.

Es bedarf keiner Frage, daß wir in Deutschland viel zu viel Schankstätten haben, die zur Selbsthaltung darauf behaftet sein müssen, den Ausschank über das erträgliche Maß hinaus zu steigern. Ende 1922 entfielen in Alt-Berlin auf 28 000 bebante Grundstücke 11 000 Alkoholschankstätten. Auf je 20 Familien rechnet man in Deutschland ein Schankhaus. Was Wunder, daß ein Drittel aller Geisteskrankheiten auf den Alkoholmißbrauch zurückgeht und 70 v. H. der Heilheits- und Sittlichkeitsdelikte im Kaufzustand geschehen. 80 000 Menschen sterben jährlich an Alkoholvergiftung. Für die juristische materielle und seelische Not, in die ein Säugling seine Familie stürzt, gibt uns das tägliche Leben jammervolle Beispiele. 457 Millionen Doppelzentner Mais, 19 000 Doppelzentner Zucker, 273 000 Doppelzentner Reis- und Maisgrieß wurden 1923 in 26,7 Millionen hektoliter Bier verwandelt. Für Wein, Bier und Schnaps war im Jahre 1913 eine Anbaufläche von 1 200 000 Hektar erforderlich, d. h. fast soviel wie das gesamte Ackerland von Hessen und Württemberg zusammen.

Gegenüber diesen einbringlichen Zahlen kann man sich der Notwendigkeit nicht verschließen, hier etwas Durchgreifendes zu schaffen. Vor allen Dingen ist das Uebermaß der Gelegenheiten zum Alkoholgenuß einzuschränken, die Vollzeitanstalten ist herabzusetzen und insbesondere die Schnapskonzeption wesentlich zu erschweren. Niemandem wird es einfallen, den ehrjamen Gastwirtstand auszrotten zu wollen. Er ist notwendig, wenn er auf eine den wirklichen Bedürfnissen Rechnung tragende Zahl zurückgeführt wird.

### Säuglingssterblichkeit

Die deutsche Säuglingssterblichkeit ist in Abnahme begriffen, sie hat aber noch immer nicht das Niveau der gleichzeitigen Kulturländer erreicht. In Preußen starben von 100 Lebendgeborenen im ersten Lebensjahr 1901 19,97, 1913 15, 1921 13,41, 1923 13,18. Dagegen starben in England im ersten Lebensjahr von 100 Lebendgeborenen in den Jahren 1913 bis 1922 etwa 10, in Dänemark 7-10, in Schweden etwa 7 und in Norwegen nur 6,5 bis 5,5.

## Briefkasten der Redaktion

E. W., Jülich. Berichte über Kartellveranstaltungen können in der „Baugewerkschaft“ nicht veröffentlicht werden. Dafür ist das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“ zuständig. Wir haben keinen Bericht dorthin geleitet.

## Bekanntmachungen

### Verwaltungsstelle Gleiwitz

Am Donnerstag, dem 13. Mai 1926 (Christi Himmelfahrt), pünktlich 11 Uhr vormittags, findet in Gleiwitz im Gewerkschaftshaus unsere diesjährige **Generalversammlung** statt, zu der jede Ortsgruppe einen Delegierten zu entsenden hat.

#### Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht. (Holl. Seidrich-Gleiwitz.)
2. Neuwahl des Verwaltungsstellen-Vorstandes.
3. Der XI. Kongreß der christlichen Gewerkschaften zu Dortmund. (Holl. Schmidt-Berlin.)
4. Die wirtschaftliche und soziale Lage. (Holl. Ehrhardt, M. d. R., Gleiwitz.)
5. Anträge und Verschiedenes.

Vor der Konferenz finden Versammlungen statt, in denen Kollege Schmidt vom Hauptvorstand sprechen wird, und zwar in Oppehn am 10. Mai, in Hindenburg am 11. Mai, 7 1/2 Uhr, bei Eisner, und in Weichen am 12. Mai um 7 Uhr im Gewerkschaftshaus. In Gleiwitz findet eine Versammlung am 13. Mai, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus statt.

Ich bitte jetzt schon eine rege Agitation zu entfalten und für guten Versammlungsbesuch zu sorgen.

Die Bezirksleitung: S. A. Seidrich.

### Verwaltungsstelle Nordhorn i. Hann.

Den Mitgliedern zur Mitteilung, daß unser Lokalbeamter, Kollege Landstetzel, ab 1. Mai jeden Montag und Donnerstag in Nordhorn anwesend ist. Stundentagen sind vorerst von morgens 9 Uhr bis abends 8 Uhr, Reichenhauser Str. 24 (Büro des christlichen Textilarbeiterverbandes). Die Ausgabe sämtlichen Verbandsmaterials erfolgt außer beim Kassierer auch dort.

#### Der Vorstand.

S. A.: Hermann Korte, Vorsitzender.

In Lehrte (Hann.) ist die Adresse des Kassierers jetzt: Frz. Bucherpfennig, Burgdorfer Str. 47 a. Alle zureisenden Kollegen haben sich dort anzumelden.

S. A.: J. Etermann.

Druckfehler-Berichtigung. In den Zeitauflagen der letzten Nummer hat sich ein sinnentstellender Druckfehler eingeschlichen. Der vorletzte Satz im vorletzten Absatz muß richtig lauten: „Die Wahrheit ist, daß bei einer Arbeitslosigkeit bis zu 87 Prozent, wie wir sie jetzt kurz hintereinander in zwei Wintern erlebten, keine gewerkschaftliche Erwerbslosenunterstützung mehr bestehen kann.“

## Sterbetafel

Am 20. April starb nach längerem Krankenlager unser Kollege **Johannes Wolpers** im Alter von 67 Jahren an Grippe. Seine mehrjährige unermüdete Arbeit als Ortsgruppen- und Verwaltungsstellenkassierer sowie seine stets bewährte Kollegialität sichern ihm unser herzlichstes Gedenken.

Verwaltungsstelle Hildesheim.

Ehre seinem Andenken!